Einzelpreis 70 Heller.

Redaktion und Verwaltung: Prag, II., Nekazanka 18.

Telephone: Tagesredaktion: 26795, 31469. Nachtredaktion: 26797

Postscheckamt: 57544.

Inserate werden laut Tarif billigst berechnet. Bei öfteren Einschaltungen Preisnachlaß.

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik.

Bezugs-Bedingungen: Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post:

monatlich . . . . Kč 16.—
vierteljährlich . . . 48.—
halbjährig . . . . . 96.—
ganzjährig . . . . . 192.—

Rückstellung von Manuskripten erfolgt nur bei Einsendung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

10. Jahrgang. Samstag, 11. Oktober 1930 Nr. 240.

Werte Genossen und Genossinnen!

In kampfdurchtobter Zeit jährt sich zum zehnten Male der Todestag

Josef Seligers,

jenes großen Führers der deutschen Arbeiterklasse, dem wir den herrlichen Aufstieg unserer Bewegung verdanken und dessen Persönlichkeit die schaffenden Menschen in Stadt und Land mit heißdurchglühtem Herzen gefolgt sind. Tiefes Weh durchzuckte das Volk der Arbeit, als die furchtbare Kunde zu ihnen drang. Jene Oktobertage waren erfüllt von Wehklagen zehntausender Anhänger der sozialistischen Idee. Nun sind zwar die Wunden vernarbt, aber in unserer Arbeit wirkt der Geist Josef Seligers weiter. Wir gedenken der erfolgreichen Arbeit dieses Mannes, seiner Begeisterung und der nie erlahmenden Arbeitsfreude, und rufen alle Sozialdemokraten zur

Gedenkfeier.

Hundertfach haben seit jenem Trauertag des Jahres 1920 die Geschehnisse auf uns eingewirkt, aber stolz steht das Werk, das der große Mensch, der eifrigste Werber baute. In der Erinnerung an sein unvergängliches Wirken erlangen wir die flammende Begeisterung und unbändige Kraft, um zu vollenden, was Josef Seliger so verheißungsvoll begann.

Programm zur Gedenkfeier

am Sonntag, den 19. Oktober 1930 in Teplitz-Schönau:

Um 2 Uhr nachmittags versammeln sich die Teilnehmer am Schönauer Konzertplatz.

Punkt viertel drei Uhr nachmittags gemeinsamer Abmarsch zum Schönauer Friedhof.

Um drei Uhr nachmittags

Gedenkfeier am Grabe Seligers.

1. „Heilige Stunde". Bläserchor aus der Oper „Irrelohe" von Franz Schrecker. Vorgetragen von Mitgliedern des Kurorchester Teplitz-Schönau.
2. Gedenkrede. Gehalten vom Minister Genossen Dr. Ludwig Czech.
3. „Marseillaise". Männerchor. Text von J. Audorf. Musik von Rouget de l'Isle. Vorgetragen von den Arbeiter-Gesangvereinen des Teplitzer Bezirkes.

Kreisvertretung Teplitz-Saaz.

Parteivertretung der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei.

Transozeanflugzeug in England gelandet

London, 10. Oktober. Das Flugzeug „Columbia", das von Neufundland unterwegs war, landete nach glücklich vollendeter Ueberquerung des Atlantischen Ozeans auf Tresco, einer Insel der Scillygruppe in der englischen Grafschaft Cornwall.

Das Flugzeug „Columbia", mit dem Kapitän Erroll Boyd und Leutnant Harry Connor den Ozean überquert haben, ist jener Apparat, auf dem im Juni 1927 der amerikanische Flieger Chamberlin gemeinsam mit seinem Kollegen Lewine einen erfolgreichen Transatlantikflug aus New York nach Kottbus in Deutschland absolviert hat.

Keine Begnadigung der Hakenkreuz-Offiziere.

Berlin, 10. Oktober. Der Reichspräsident hat das von einem der Verteidiger der drei vom Reichsgericht verurteilten Reichswehroffiziere an ihn gerichtete, in der Presse veröffentlichte Gesuch um Begnadigung mit der Begründung abschlägig beschieden, daß die Notwendigkeit, gerade in politisch bewegter Zeit dienstliche Zucht und Unterordnung in der Reichswehr unerschüttert aufrechtzuerhalten, die gnadenweise Aufhebung des Urteils und — wenigstens zur Zeit — auch eine Milderung der Strafe nicht zuläßt.

Weitere Erfolge der Aufständischen.

Buenos Aires, 10. Oktober. Nachrichten von der Grenze zufolge sollen sich alle Staaten von Nordbrasilien mit Ausnahme von Para und Amazonas in den Händen der Aufständischen befinden.

Hausherrenterror und Hausherrenfrechheiten.

„Schwarze Listen" der Hausbesitzerverbände! — Sie schnüffeln hinter den Volksvertretern her. — Der Mieterschutz schon als Voraussetzung der Gesinnungsfreiheit nötig!

An Hausbesitzern, in deren Häusern sozialdemokratische Parlamentarier wohnen (wahrscheinlich auch an die Hausherren anderer Abgeordneten) sind in den letzten Tagen vorgedruckte Schreiben in tschechischer Sprache gelangt, die folgenden Text haben:

Nicht wegwerfen, bitte sofort beantworten!

Vertraulich, nur für den Verband der Hausbesitzervereine in Prag!

Herrn
Besitzer des Hauses Nr. . . . .
in . . . . . .

Geehrter Herr!

Im Sinne des Beschlusses des Ausschusses des Verbandes der Hausbesitzervereine in Groß-Prag erlauben wir uns, Sie um folgende Auskunft zu bitten:

Nach unseren Informationen wohnt in Ihrem Hause der Herr Abgeordnete (Senator)

. . . . . .

Eine wie große Wohnung bewohnt der genannte Herr und welche Miete zahlt er Ihnen? Unterliegt er dem Schutz (Mieterschutz, Anm. d. Red.) oder nicht? Gab es einen Mietsstreit zwischen Ihnen?

Welches sind nach Ihren Informationen die Eigentumsverhältnisse des Herrn Abgeordneten (Senators)? Hat er irgendeinen Realitätenbesitz? Wie denkt nach Ihren Informationen der Herr Abgeordnete (Senator) überhaupt über die Frage des Mieterschutzes?

Wir bitten Sie um freundliche rasche Beantwortung dieser Frage, damit wir nach Beendigung dieser Aktion **weitere geeignete Maßnahmen zum Zwecke der Durchsetzung einer schnellen Beseitigung des Mieterschutzes treffen können.**

Wir hoffen, daß Sie in Ihrem eigenen Interesse als Hausbesitzer diese Frage genau und unverzüglich beantworten und verbleiben mit Dank im voraus

in vorzüglicher Hochachtung

Ausschuß des Verbandes der Hausbesitzervereine in Groß-Prag.

Da muß man aber auch seinerseits allerhand Hochachtung empfinden! Diese Schnüffelei erstreckt sich nicht auf Groß-Prag, sondern umfaßt die ganze Republik. Eine feine Aktion, die unzweideutig den Zweck verfolgt, nicht nur mit persönlichen Stänkereien den Kampf der Mieter zu schädigen, sondern auch auf die Parlamentarier, die Mieter sind, einen terroristischen Druck auszuüben. Unsere Justiz, die sich freilich lieber anderes zu tun macht, könnte sich für diese „Aktion" immerhin interessieren!

Das „Právo Lidu" macht darauf aufmerksam, daß die Organisation, die sich diese Niedrigkeit leistet, eine agrarische ist und bemerkt dazu mit Recht, daß es sehr bezeichnend für den Unernst der agrarischen Politik sei, in Zeiten der Agrarkrise keine andere Sorge als die Erhöhung der Hausherrenrenten zu haben.

Jedenfalls beweist diese Schnüffelei nur, wie nötig die Erhaltung und der Ausbau des Mieterschutzes sind, da ohne ihn die Mieter dem Gesinnungsterror dieser Herren völlig ausgeliefert wären!

Gemeindefinanznovelle fertiggestellt.

Prag, 10. Oktober. Der heutige Ministerrat, der von 9 Uhr früh bis gegen 7 Uhr abends dauerte, bereinigte die noch schwebenden Fragen hinsichtlich der drei Vorlagen über Erwerbsteuer, Biersteuer und Gemeindefinanznovelle. Die drei Vorlagen sollen nunmehr beschleunigt der parlamentarischen Behandlung zugeführt werden. Man nimmt an, daß bereits in der nächsten Woche die Vorlagen aufgelegt und den Ausschüssen zugewiesen werden. Die Arbeiten des Budgetausschusses werden unter diesen Umständen wohl eine kurze Unterbrechung erfahren müssen.

Im Anschluß an die Verabschiedung der drei Vorlagen erledigte der Ministerrat auch die übrigen Punkte der Tagesordnung und nahm dann den Bericht des Außenministers über die politische Lage zur Kenntnis. Am Mittwoch wird der Minister in beiden Außenausschüssen ein diesbezügliches Exposé erstatten.

Beratungen der Wohnungskommission.

In der am 6. Oktober d. J. unter dem Vorsitze des Fürsorgeministers Dr. Czech stattgefundenen Sitzung der Wohnungskommission wurde eine eingehende Debatte über die Grundsätze abgeführt, nach denen sich die künftige Regelung des Wohnungsproblems zu richten hat. Zur Grundlage der Debatte diente der Bericht des Referenten des Ministeriums für soziale Fürsorge, in welchem die Gesichtspunkte der einzelnen Mitglieder der Wohnungskommission systematisch verarbeitet sind. Vor allem wurde die Frage behandelt, ob das auf Ertrag im privatwirtschaftlichen Sinne gerichtete Bauunternehmertum unter den heutigen Verhältnissen allein imstande ist, den Wohnbedarf zu befriedigen. Der Referent des Ministeriums für soziale Fürsorge erstattete hiezu einen umfangreichen Bericht über die Unterstützung der Baubewegung aus öffentlichen Mitteln und über den Stand der Mieterschutzgesetzgebung in einigen Ländern. Die sich an den Referentenbericht anschließende Debatte führte zur einhelligen Ansicht,

daß die weitere Unterstützung der Baubewegung als notwendig angesehen wird

und daß von keiner Seite grundsätzliche Einwendungen gegen ihre Regelung im Rahmen eines langfristigen Wohnungsgesetzes erhoben werden.

In der am 8. Oktober 1930 abgehaltenen Sitzung wurde ferner auf Grund des in der schriftlichen Enquete gestellten Antrages über den sozialen Gesichtspunkt in der Wohnungsfürsorge verhandelt. Im Anschluß an die Debatte wurde der Beschluß gefaßt, die Einzelheiten dieses Antrages und seine Verwirklichungsmöglichkeit in der Sitzung einer engeren Kommission im Beisein der Vertreter der beteiligten Ministerien zu beraten und über das Verhandlungsergebnis dem Plenum einen Bericht zu erstatten.

Hierauf wurde der Inhalt des neuen Wohnungsgesetzes, und zwar hauptsächlich die Regelung der indirekten Unterstützung der Baubewegung, soweit dieselbe in der Steuer- und Gebührenbefreiung der neuen Häuser besteht, in Verhandlung gezogen. In dieser Richtung empfahl die Kommission einhellig, daß die für unvermögende Bevölkerungsschichten bestimmten Kleinwohnungsbauten, soferne sie in bautechnischer und gesundheitlicher Beziehung sowie rücksichtlich der Mieten den festgesetzten Bedingungen entsprechen werden, ähnlich wie zur Zeit des ehemaligen Gesetzes v. J. 1903, betreffend billige und gesunde Arbeiterwohnungen, eine längere Steuerbefreiung als die übrigen Bauten genießen sollen.

Die nächste Sitzung der Wohnungskommission findet am Montag, den 13. Oktober statt.

Trauerfeier in der Westminster-Hall.

London, 10. Oktober. (Reuter.) Die mit Blumen bedeckten Särge der 48 Opfer der Luftschiffkatastrophe sind im Westminstersaale aufgebahrt. Den ganzen Tag über strömt Publikum vorbei. Militärflieger halten die Ehrenwache. Unter den Blumenspenden befindet sich auch ein vom König gewidmeter Lorbeerkranz.

Heute mittags wurde in der St. Paul-Kathedrale die Seelenmesse gelesen. An dem Gottesdienste nahmen teil: der Prinz von Wales als Vertreter des Königs, Regierungsmitglieder, sechs Ministerpräsidenten aus den Dominions und andere Delegierte der Reichskonferenz, Vertreter der fremden Staaten und zahlreiche ausländische Repräsentanten. Anwesend waren etwa 5000 Personen.

Die versalzene Suppe.

Und die gelämmerten christlichsozialen.

Am Donnerstag wurde die „Neue Freie Presse" und das „Neue Wiener Tagblatt", beides Blätter des ehemals freisinnigen Bürgertums, sowie das „Extrablatt", das Organ des Landbundes, konfisziert. In Oesterreich gehören Konfiskationen von Zeitungen nicht zu den Alltäglichkeiten wie bei uns. Es ist seit dem Weltkriege das erstemal, daß in diesen Blättern der Zensor sich in der Form eines weißen Fleckes vorstellt und es mußte erst das christlichsoziale Heimwehrministerium kommen, ehe sie am eigenen Leibe diese Einschränkung der Meinungsfreiheit zu verspüren bekamen. Noch am 1. Oktober schrieb die „Neue Freie Presse" über die Heimwehr: „Bis weit in das Bürgertum hinein haben sie Freunde und Anhänger, denen der Kampf gegen die Sozialdemokratie zum Lebensbedürfnis geworden ist". Am 9. Oktober aber schon spuckt der junge Biach, der sich um die Propaganda für den Heimwehrfascismus doch so bedeutende Verdienste erworben hat, Gift und Galle über den „fürsichtlichen" Innenminister und Heimwehrführer Starhemberg, der seine Pressestaatsanwalte nicht nur zur Verfolgung „marxistischer" Zeitungen hetzt, sondern auch solcher „antimarxistischer" Couleur aufmuntert und empört rufen die von den Krallen des Zensors Erfaßten, ein Staat, in dem so etwas möglich sei, komme in Gefahr, nicht mehr als Rechtsstaat betrachtet zu werden. Welch eine Wandlung binnen acht Tagen!

Doch es ist nicht die liberale Presse allein, die, kaum daß die von ihr gehätschelte Heimwehr ein Stück Macht an sich gerissen hat, enttäuscht und verdrossen ist, binnen kurzem ist auch die gesamte „antimarxistische" Einheitsfront in einen Trümmerhaufen zerfallen. Zuerst verließen infolge des Strafella-Skandals alle bürgerlichen Elemente, die sich einen gewissen Sinn für Reinlichkeit bewahrt haben, fluchtartig das politische Gebilde, das eine Reihe von Jahren die stärkste Hoffnung auf Niederringung der Sozialdemokratie gewesen ist. Als Christlichsoziale und Heimwehrführer sich darauf versteiften, das größte Unternehmen des Staates, die Bundesbahnen, just an den gerichtsordnungsmäßig als dunklen Ehrenmann gebrandmarkten Strafella auszuliefern, nur weil er der toll gewordenen Reaktion als eine gute Verheißung zum Kirremachen der Eisenbahner erschien, begannen sie schaudernd zu erkennen, was dieser gepriesene Antimarxismus eigentlich ist: der Deckmantel für eine maßlose, von keinen moralischen Bedenken angekränkelte Herrschsucht der Christlichsozialen und den christlichsozialen Korruptionsgeist. Landbund und Großdeutsche fielen aus der Front heraus und das liberale Bürgertum, soweit von einem solchen noch gesprochen werden kann, wurde abtrünnig, als der Starhemberg in einer Wiener Versammlung seinen Zuhörern als gutes Wahlrezept den Rat gab, den „Kopf des Asiaten Breitner in den Sand rollen" zu lassen. O gewiß der Name Breitner allein schon hat dieses Bürgertum, gemäß der politischen Erziehung, die ihm durch seine Leibpresse zuteil wurde, früher tollwütig gemacht, aber der antisemitische Exzeß, den sich das kaum hinter den Ohren trockene aristokratische Bürschchen schon wenige Stunden nach seinem Amtsantritt leistete, machte es stutzig, denn wer weiß, ob im Falle der Eroberung der vollen Macht durch den Fascismus dieser sich bloß mit dem einen „asiatischen" Kopf begnügen würde. Nein, so hat man sich in den liberalen Kreisen die Funktion der Heimwehrbanden nicht vorgestellt! Dazu hat man sie nicht als „Volksbewegung" und Mittel zur Regeneration Oesterreichs angepriesen! Und als sich abgetakelte Offiziere, Generäle und Aristokraten der Führung der Heimwehr in immer stärkerem Maße bemächtigten, da war es mit der Vorliebe des sogenannten freisinnigen Bürgertums für den Fascismus ganz vorbei

Die Delegierten des Parteitages, der Frauenreichskonferenz und der Reichsbildungskonferenz, welche Quartiere bestellt haben, erhalten bei ihrer Ankunft auf dem Hauptbahnhof in Teplitz-Schönau vom Wohnungsausschuß, der dort amtieren wird, die Wohnungszuweisung ausgehändigt. Ab Mittwoch, den 15. Oktober, früh, werden Mitglieder der „Roten Wehr" auf dem Hauptbahnhof anwesend sein, die nähere Auskünfte an die Delegierten erteilen.

und auch die Unternehmerschaft, die willig reichliche Geldmittel zur Ausrüstung der Heimwehrbanden hergegeben hatte, begann stutzig zu werden, als sie sehen mußte, wie skrupellos das Bürschchen Starhemberg zündelte, mit dem Bürgerkrieg spielte und in seinen aristokratischen Ausschleimungen verriet, wem in erster Linie ein Sieg der Heimwehrkohorten dienen sollte. Das viele schöne Geld, ausgegeben nur zu dem Zwecke, damit ein verantwortungsloser Schwätzer wie dieser Starhemberg zum Diktator in Oesterreich werde, nein, so hat sich das in der antimarxistischen Einheitsfront zusammengeschlossene österreichische Bürgertum die Verwirklichung des Heimwehrgedankens nicht vorgestellt!

Die grimmigste Enttäuschung aber haben die Christlichsozialen erleben müssen. Bisher waren sie die stärkste Partei in Oesterreich und voraussichtlich wären sie es noch längere Zeit geblieben, wenn ihr besinnungsloser Sozialistenhaß, hinter dem sich ihr Arbeiterhaß verbirgt, sie nicht unzurechnungsfähig gemacht und in die unselige Umarmung mit der Heimwehr getrieben hätte. Dem Schober, der ihnen aus schweren Kalamitäten geholfen, eine Reihe von reaktionären und gegen die Arbeiterschaft gerichteten Gesetzen durchgebracht hatte, demselben Schober, der ihnen aus schweren Finanzskandalen und finanziellen Nöten des Staates Hilfe gebracht hatte, belohnten sie mit einem Fußtritt und nach Abstoßung der kleinen politischen Gruppen haben sie es zu einer Isolierung gebracht, die nicht mehr überboten werden kann. Die Machtgier trieb sie dazu, alle Masken fallen zu lassen und sie haben sich im Geiste mit Hilfe der Heimwehr schon in die ungeschmälerte Macht im Staate eingesetzt. Vaugoin als Herr über das Militär, Starhemberg als oberster Leiter der Polizei, der Gendarmerie und der Heimwehr, da konnte es, so rechneten die Christlichsozialen, nicht schief gehen und bei den Wahlen sollte ihnen die Macht restlos in die Hände gespielt werden. Schon schwelgten sie im Vorgefühl des Sieges. Auch unsere Christlichsozialen sahen das ihnen vorschwebende christliche Ideal durch Bürgerkrieg und Arbeitermord bereits so gut wie erfüllt. In deinem Lager ist Oesterreich, die andern sind nur Trümmer! — so begrüßte das christlichsoziale Hauptorgan, die „Deutsche Presse", die Bildung des Kabinetts Vaugoin-Starhemberg, und Starhemberg wurde von ihm als der würdige Nachfolger des Befreiers Wiens von den Türken verherrlicht. Wir riefen damals, auch dies war vor knapp einer Woche, den vor erwartungsvoller Freude schier übergeschnappten Christlichsozialen zu: Gemach, ihr Herren, noch kann es anders kommen — und siehe da, früher als wir dies für möglich gehalten hätten, finden auch die Christlichsozialen die eingebrockte Suppe für gründlich versalzen. Die schönen Felle, die sie schon mit Händen zu greifen glaubten, drohen ihnen davon zu schwimmen. Nicht nur, daß die österreichischen Christlichsozialen den Rückhalt in den kleineren politischen Gruppen eingebüßt haben, ist ihnen nunmehr auch das von ihnen aufgezogene Schoßkind, der Heimwehrfascismus über den Kopf gewachsen und tiefbetrübt müssen sie sehen, daß bis auf kleine Gruppen die Heimwehr selbständig, ohne und gegen die Christlichsozialen mit eigenen Listen in den Wahlkampf zieht.

Das Instrument, das die Christlichsozialen schaffen halfen, wendet sich nun auch gegen sie. Auch zum Draufgängertum braucht man eben Verstand und Geschick. Beides haben sie in ihrer blinden Herrschgier vermissen lassen und alle Anzeichen sprechen dafür, daß sich diese vor allem an ihnen schwer rächen wird. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die verzweifelte Situation, in welche sie immer stärker hineingeraten, sie zu weiteren Torheiten hinreißt, denn heute haben sie nichts stärker zu fürchten, als ein Urteil des österreichischen Volkes über ihre Politik. Sie würden damit die Größe der ihrer harrenden Katastrophe nur erhöhen.

Staatsangestelltendebatte im Senat.

Prag, 10. Oktober. Der Senat eröffnete heute die Beratungen über die Weihnachtszulage an die aktiven Staatsangestellten und Lehrer, wobei für unsere Fraktion

Genosse Polach

in die Debatte eingriff.

Er erklärte, daß wir der Vorlage natürlich unsere Zustimmung geben, zumal mehr als 320.000 Menschen mit ihren Familien in begreiflicher Ungeduld auf die Erledigung der Vorlage warten. Die Vorlage ist natürlich nicht und will nicht die Lösung des großen und ernsten Problems der Besoldung der öffentlichen Angestellten sein, aber trotzdem verdient sie nicht jene geringschätzige Behandlung, die ihr ausgerechnet von Seite derer zuteil wird, die eine wirtschaftlich viel günstigere Situation, als die heutige ist, im Jahre 1926 nicht zur Schaffung eines entsprechenden gerechten Gehaltsgesetzes benützt, sondern alle Verbesserungsanträge abgelehnt haben. Es ist klar, daß heute im Zustand der allgemeinen wirtschaftlichen Depression da die Zahl der Arbeitslosen und Kurzarbeiter auch beinahe fast so groß ist wie die Zahl der öffentlichen Angestellten, und da die größte Unsicherheit über unsere nächste wirtschaftliche Zukunft besteht, natürlich nicht der Zeitpunkt zu einer restlosen Lösung des Beamtenproblems gegeben ist. Schwere Vorwürfe müssen gegen die Schöpfer des Gehaltsgesetzes vom Jahre 1926 erhoben werden, die in einer wirtschaftlich günstigen Zeit fast gar keine Besserung der Bezüge gebracht haben. Man hat damals — dilettantischer Weise — nicht den Wareninder zur Grundlage genommen für die Bestimmung der Bezüge, sondern den Währungsindex. So kam man zu einer Versiebenfachung der Bezüge, obwohl der Wareninder auf das Zehnfache gestiegen war. Schon die volkswirtschaftliche Fundierung und die legislative Motivierung dieses Gesetzes war also ein Unrecht. Das Schlimmste an dem Gesetz waren jedoch die Abschaffung der automatischen Zeitvorrückung und ihre Ersetzung durch die Systemisierung. Die Vorrückung in die höheren Gehaltsstufen wurde vollständig in die Willkür der Regierung und auch mancher anderer die Regierung beeinflussenden Faktoren gestellt.

Ich glaube, daß uns die schlechten Erfahrungen mit der Restystemisierung bald mit Notwendigkeit zu dem weitaus gerechteren und moralischeren Zeitavancement zurückführen werden.

Darüber sind alle Staatsangestellten aller Richtungen einig und zu dieser Anschauung bekennen sich auch langsam die politischen Parteien.

Heute steht dies alles jedoch nicht zur Entscheidung, sondern eine zwar kleine, aber dringliche Hilfe. Im Laufe der vielen Monate, welche dieses kleine Gesetz zu seiner Fertigstellung brauchte, ist man zwar über die von der Finanzverwaltung gezogene Grenze von 70 Prozent nicht hinausgekommen, aber dank dem Eingreifen der deutschen Sozialdemokratie sind doch eine Reihe von Verbesserungen inbezug auf Sicherung eines Mindestbezuges und Beseitigung der grausamen und harten Qualifikationsbestimmungen erfolgt. Wir fassen diese Weihnachtsaushilfe nur als eine Abschlagszahlung auf. Das Schicksal der großen Massen der Staats-Massenangestellten, aber auch das Schicksal der autonomen Angestellten wird in wirtschaftlich konsolidierteren und stabilisierteren Zeiten gebessert werden müssen.

Von deutschen Rednern sprach noch Hilgenreiner (Christlichsoz.) und Luksch (Landbündler), der die Notlage der Landwirtschaft in den schwärzesten Farben auszumalen bemüht war. Interessant ist, daß Luksch auf einmal eine fulminante Rede für die sofortige Einführung des Getreideeinfuhrmonopols hielt, für dasselbe Monopol also, das von sozialistischer Seite bereits im Vorjahr in Vorschlag gebracht, aber von Lukschs Klubkollegen als „Rückkehr zur Zwangswirtschaft" schroff abgelehnt worden war. Heute muß Luksch erklären, daß einzig und allein das Monopol imstande sei, die Preise der landwirtschaftlichen Produkte auf ein erträgliches Maß zu bringen, und den Nachweis führen, daß das Monopol ganz und gar keine Zwangswirtschaft sei.

Der Kommunist Kindl bringt dann durch eine Brandrede gegen die Sozialfaschisten eine heitere Note in die Debatte. Die gröbsten Beschimpfungen und Verdächtigungen der sozialistischen Parteien liest er in ruhigem, gemütlichen Ton von seinem Konzept ab, so daß alle Wirkung verloren geht.

Nachdem noch der tschechische Genosse Havranek gesprochen hat, wird die Debatte abgebrochen. Nach Erledigung zweier zweiter Lesungen wird der gestern erwähnten Interpellation der Regierungsparteien hinsichtlich der Behebung der Landwirtschafts- und Industriekrise die Dringlichkeit zuerkannt. Die Aussprache darüber wird auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung am Dienstag, den 14. Oktober, 2 Uhr nachmittags, gesetzt.

Das böhmische Landesbudget.

Vollständig geänderte Situation.

Der Landesausschuß von Böhmen hielt gestern eine Sitzung ab, zu der die Mitglieder auf telegraphischem Wege einberufen worden waren. In dieser Sitzung teilte der Landespräsident mit, daß die Vertreter der republikanischen Partei im Präsidium des Landesamtes die Erklärung abgegeben haben, daß sie nicht gewillt sind, für die von der Landesfinanzkommission beschlossenen Abgaben zu stimmen. Dadurch wäre für diese Abgaben eine Majorität nicht mehr vorhanden und der Landesausschuß sah sich vor eine vollständig neue Situation gestellt. Nach fünfstündiger Beratung wurde beschlossen, das Gleichgewicht im Landeshaushalt auf andere Weise herzustellen. Dies geschah dadurch, daß in den Ausgaben Streichungen im Betrage von etwa 15 Millionen vorgenommen und die Einnahmen in einzelnen Posten höher präliminiert werden.

Das Vorgehen der tschechischen Agrarier ist umso mehr zu verurteilen, als die Vertreter dieser Partei in der Finanzlandeskommission selbst Anträge auf Einführung neuer Abgaben gestellt haben, die sie nun im Stich lassen. Als sehr ernst zu nehmende Männer haben sich die böhmischen Landespolitiker der Agrarpartei nicht erwiesen!

Das Endergebnis der finnischen Wahlen.

Helsingfors, 9. Oktober. Das Endergebnis der finnischen Reichstagswahlen liegt nun vor. Es erhielten:

	Mandate	bisher
Sozialdemokraten	66	(59)
Konservative	42	(28)
Schwedische Volkspartei	20	(23)
Schwedische Linke	1	(0)
Kleinbauern	1	(0)
Liberale	11	(7)
Bauernpartei	59	(60)
Kommunisten	0	(23)

Obgleich die Sozialdemokraten 120.000 Stimmen gewonnen haben, wirkt sich der Stimmenzuwachs nicht im gleichen Maße bei den Mandaten aus. Der Mandatsgewinn der Sozialdemokraten ist daher kleiner, als ursprünglich angenommen werden durfte; es fehlt ihnen ein einziges Mandat, um die Zweidrittelmehrheit der Reaktion zu verhindern. Die bürgerlichen Parteien haben alle zusammen 134 von 200 Mandaten, also genau die Zweidrittelmehrheit, und es wird nun voraussichtlich zu der Bildung eines streng reaktionären Bürgerblocks kommen, der die verfassungsändernden Gesetze, die sich vor allem gegen die kommunistische Bewegung richten, zweifellos beschließen wird.

Im Dezember 1930 finden die Gemeinderatswahlen statt, die unter Berücksichtigung der sozialdemokratischen Stimmengewinne bei den jetzigen Wahlen in vielen Gemeinden sozialdemokratische Mehrheiten, insbesondere in Helsingfors, ergeben dürften.

Der Schoberbund perfekt.

Wien, 10. Oktober. (Eigenbericht.) Heute abends ist zwischen Großdeutschen, dem Landbund und einigen wirtschaftlichen Korporationen unter Führung Schobers ein Wahlblock zustande gekommen, der den Namen „Nationale Gemeinschaft und Schoberblock" führt.

Die Verhandlungen zwischen den Hitlerianern und den Heimwehren über ein gemeinsames Vorgehen bei den Wahlen sind heute als ergebnislos abgebrochen worden. Die Verhandlungen wurden zum Teil in Wien, zum Teil direkt mit Hitler in München geführt. Seitens der Heimwehren war auch der österreichische Justizminister Hueber und ein Vertreter Starhembergs anwesend.

In der heutigen Sitzung des Wiener Landtages haben die Sozialdemokraten eine Anfrage an den Landeshauptmann eingebracht, worin sie die in einigen Blättern konfiszierte Meldung der Landbundkorrespondenz über die hochverräterischen Beziehungen des Majors Pabst zu Italien wörtlich zitieren und damit dieser konfiszierten Meldung den Schutz immuner Reden verschaffen. Die Christlichsozialen versuchten die Verlesung durch Krawalle zu verhindern.

Mittlerweile veröffentlicht die amtliche Nachrichtenstelle einen Briefwechsel zwischen Seipel und dem Bürgermeister Seitz. Seipel hatte darin von Seitz verlangt, er möge die Verlesung und Immunisierung dieser konfiszierten Meldung verhindern, und zwar mit Rücksicht auf eventuelle außenpolitische Schwierigkeiten. Seitz erwiderte darauf, daß die Meldung ohnedies nicht nur im ganzen Ausland abgedruckt wurde, sondern auch in der österreichischen Provinzpresse veröffentlicht war.

Kuckuck
30 Groschen
20 Pfennig
30 Kronen
1·60 L.K.
Die größte illustrierte Wochenschrift.
Erscheint jeden Sonntag
Überall erhältlich

Dieb aus Not.

Von Hans Reimann.

Dreierlei muß ich vorausschicken. Erstens, daß mein Freund Karl Weihrauch nur versehentlich geheiratet hat. Zweitens, daß der Tänzer Sascha Leontjew bei einer Dame in Berlin wohnte, die den selben Namen hat wie ich. Und drittens, daß Dörings Vater ein Kollege meines Vaters war.

Karl Weihrauch stammte aus Breslau. Im Jahre 1915, als er ins Feld geschickt wurde nach Polen nämlich, verwechselte ein Schreibstuben-Gefreiter die Standorte der Ersatz-Truppenteile, und so geschah es, nachdem man ihn verwundet, operiert, gepflegt und schließlich aus dem Lazarett entlassen hatte, daß er keineswegs nach Breslau zurückkehrte, sondern nach Hannover in Marsch gesetzt wurde, wo er wildfremd einherirrte, bis ihn eine Fabrikantentochter in den Hafen der Ehe lotste.

Ich lernte ihn unmittelbar nach Beendigung des Krieges kennen. Im Herbst vorigen Jahres hat er sich erschossen. Seine Ehe war unharmonisch. Namentlich eine Armbanduhr bot Anlaß zu häuslichen Szenen. Diese Armbanduhr hatte Karl vor vielen, vielen Monaten von einer Frau geschenkt bekommen, die im Kabarett auftrat, und unanständige Chansons trällerte. Kurz vor seinem Tode tauschten wir unsere Uhren. Ich gab ihm die meine, und Karl überreichte mir dafür die Uhr der Sängerin.

Ich komme nunmehr auf Punkt 2 zu sprechen. Der Sascha Leontjew logierte lange Zeit bei Fräulein Reimann in Berlin. Da er selten in der preußischen Metropole anwesend war, und da wir beide uns ganz gut vertrugen, stellte er mir sein Zimmer zur Verfügung, sooft ich mich in Berlin aufhielt. Ich gab das Zimmer an meinen Freund Karl Weihrauch weiter, der des öfteren geschäftlich in Berlin zu tun hatte.

Im Juni war ich in Berlin tätig und bezog Saschas Leontjews Zimmer. Kaum hatte ich mich häuslich niedergelassen, als Sascha ein Telegramm sandte — des Inhalts, daß er nach Berlin käme und sein Zimmer brauche. Sofort begab ich mich auf die Wohnungssuche und fand Unterkunft in einem Hospiz. Ich teilte dem Fräulein Reimann mit, daß ich gegen Abend ausziehen würde, packte meine Koffer und ging auf die Straße, einen Dienstmann zu bestellen. Ich war keine fünf Minuten unterwegs, da erblickte ich einen jungen Mann, den ich von Leipzig her kannte. Er hieß Döring, und sein Vater war ein Freund meines Vaters gewesen. Der junge Döring stand vor einem Delikatessengeschäft und verschlang die zur Schau gestellten Herrlichkeiten mit den begehrlichsten Blicken. Er sah heruntergekommen aus, war nicht rasiert und schien im Freien genächtigt zu haben oder im Bahnhofswartesaal.

„Guten Tag, Döring!" redete ich ihn an. „Was treiben Sie hier in Berlin?" Er war puterrot und gestand, daß er arbeitslos sei. Zuletzt sei er als Statist im Leipziger Schauspielhaus engagiert gewesen, aber seit ein paar Wochen leide er buchstäblich Hunger.

Wir nachtmahlten genteinsam. Dabei fiel mir ein, daß ich ihn bitten könne, mir beim Umzug behilflich zu sein. Freudig sagte er zu.

Eine halbe Stunde später waren wir in Saschas Zimmer. Döring nahm den einen Koffer und die Handtasche, ich den andern und die Mappe, und so siedelte ich ins Hospiz über. Zuvor lieferte ich die Schlüssel an Fräulein Reimann ab. Im Hospiz angelangt, interessierte es mich plötzlich, zu wissen, welche Zeit es sei. Ich blickte auf meine Armbanduhr, also auf Karl Weihrauchs Armbanduhr: — sie war verschwunden. Krampfhaft dachte ich nicht. Wo war sie?

Natürlich in Saschas Zimmer. Ich hatte sie auf den Sims des Kamins gelegt und einfach vergessen. Ich erinnerte mich ganz genau.

Damals hatte mir der Allgütige ein lahmes Bein verliehen, und das Laufen machte mir unsägliche Beschwerden. Darum bat ich den hilfsbereiten Döring, zu Fräulein Reimann zurückzueilen, und meine Uhr zu holen.

Döring schaute mich mit den Pupillen eines gestochenen Kalbes an. In mir stand eine Meinung auf, ein halber Verdacht.

Die Uhr hatte auf dem Kaminsims gelegen — jawohl. Aber Döring hatte sie gestohlen. Ich wußte es mit entsetzlicher Klarheit. Ich fühlte es dem Menschen an. Er hatte sie bestimmt gestohlen. Hm. Was tun? Garnichts. Den armen Teufel in Saschas Zimmer schicken — mit dem Auftrag, die Uhr zu holen. Döring schlich fort. Ich wartete.

Ich wartete mit einer imaginären Uhr in der Hand und zählte die Sekunden. Bei meiner Seligkeit: ich würde es dem Unglücksraben nicht verübelt haben, wenn er tatsächlich meine Uhr gestohlen hätte. Lediglich der Umstand, daß es Karl Weihrauchs Uhr war, machte mich besorgt um das Kleinod. Ich wäre bereit, sie dem Döring für teures Geld abzukaufen. Uebrigens war ich meiner Sache garnicht mehr sicher und begann, wankelmütig zu werden. Wie kam ich dazu, einen harmlosen Burschen des Diebstahls zu zeihen? Bloß, weil er schäbig gekleidet war und Gehetztheit in den Augen? Vielleicht schämte er sich vor mir. Ich bat ihn im Geiste um Verzeihung.

Außer Atem trat Döring ein und überreichte mir die Armbanduhr, die ich, wie er bestätigte, auf dem Kaminsims liegen gelassen hatte.

Ich schenkte ihm den Rest meiner Barschaft und entließ ihn mit heißen Segenswünschen.

Am folgenden Tag: als ich den Sascha Leontjew besuchte, stellte sich heraus, daß Fräulein Reimann unmittelbar nach mir die Wohnung verlassen hatte und erst in später Nachtstunde heimgekehrt war.

Die heißen Segenswünsche mögen trotzdem ihre Gültigkeit behalten.

Bericht des Parteivorstandes

der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei an den Parteitag in Teplitz-Schönau vom 17. bis 20. Oktober 1930, für die Zeit vom 1. Juni 1926 bis 30. Juni 1930.

Der letzte ordentliche Parteitag fand vom 6. bis 9. Mai 1927 in Teplitz-Schönau statt. Zwischen dieser Zeit und dem kommenden Parteitag liegt eine gewaltige Fülle politischer und wirtschaftlicher Ereignisse, die an die Partei in organisatorischer und agitatorischer Beziehung außerordentlich große Anforderungen stellte. Schon kurz nach dem Parteitag wurde die Partei vor eine Kraftprobe bei den Gemeindewahlen gestellt, die wir siegreich bestanden. Im Jänner 1928 fand in Smichow der erste internationale sozialdemokratische Kongreß statt, der den Weg zur sozialdemokratischen Internationale dieses Staates frei machte. Die nachhaltigen Wirkungen dieses Kongresses offenbarten sich bei den im Dezember 1928 stattgefundenen Wahlen in die Bezirksvertretungen, die ebenfalls mit einem großen Erfolg für beide sozialdemokratischen Parteien endeten. Der Ausgang der Wahlen in die Gemeinde-, Bezirks- und Landesvertretungen hat gezeigt, daß die Zeit der Stagnation unserer Bewegung vorüber war und daß sich die Sozialdemokratie beider Nationen dieses Staates wieder in aufsteigender Linie befand. Im Juni 1928 wurde zum erstenmal im Parteivorstand zur Frage des Reichsarbeitertages Stellung genommen. Es war ein gewaltiges Wagnis, das die Partei unternahm, aber schon die ersten Vorarbeiten zum Reichsarbeitertag haben bewiesen, daß dieser Beschluß des Parteivorstandes in allen Organisationen lebhaften Widerhall fand. Der Reichsarbeitertag wurde die machtvollste Kundgebung der deutschen proletarischen Organisationen seit dem Bestande dieses Staates. Kaum waren die Festklänge von Karlsbad verklungen, erging der Appell an die Parteimitgliedschaft zu neuen Kämpfen, zum Kampfe gegen den Bürgerblock, der im Jahre 1929 gestürzt wurde. In einem kurzen Wahlkampf im Herbst 1929 wurden alle Kräfte der Partei für den Sieg unserer Bewegung mobilisiert. Es erfüllte die Parteimitgliedschaft mit stolzer Freude, als uns das Wahlergebnis einen großen, überraschenden Sieg der Partei brachte. So stand die Berichtsperiode vom letzten Parteitag bis jetzt im Zeichen schwerer Kämpfe, die die Partei dank der Begeisterung und Opferwilligkeit ihrer Mitglieder und Vertrauensmänner siegreich bestand.

•

Kampf gegen den Bürgerblock.

Der letzte ordentliche Parteitag, der in Teplitz-Schönau vom 6. bis 9. Mai 1927 tagte, trat in einer Zeit zusammen, wo der tschechisch-deutsche Bürgerblock auf der Höhe seiner Macht stand und zu mächtigen Schlägen gegen die Arbeiterklasse und ihre Errungenschaften ausholte. Durch die Erhöhung der Getreidezölle wurde die Lebenshaltung der Arbeiterklasse verschlechtert. Mit der Annahme einer Reihe von Militärgesetzen wurde der tschechoslowakische Militarismus gefestigt und mit der Verwaltungsreform, der Selbstverwaltung, der Demokratie und der sozialen Fürsorge in Gemeinden und Bezirken der Kampf angesagt. In dieser schweren Zeit ging vom Teplitzer Parteitag der Appell an die sudetendeutschen Arbeiter, sich fester um die Fahne der Sozialdemokratie zum geschlossenen Kampf gegen die reaktionären Absichten des Bürgerblocks zu scharen. Dieser Kampfruf der Partei fand in der deutschen Arbeiterklasse dieses Staates ein starkes Echo, und es begann ein wahrer Versammlungssturm, in dem viele Tausende Arbeiter und Arbeiterinnen ihren Widerstand gegen die Politik des deutsch-tschechischen Bürgerblocks Ausdruck verliehen, als die Regierungsmehrheit mit Ernst daran ging, die geplante Verwaltungsreform in die Tat umzusetzen. In hunderttausenden Flugblättern wurden die Massen der Arbeiter über den reaktionären Inhalt der Verwaltungsreform aufgeklärt, in Schlesien, das mit Mähren vereinigt wurde, fanden große Kundgebungen statt, an die sich ein eintägiger Generalstreik schloß und in denen gegen die Aufhebung der Selbständigkeit des Landes Schlesien demonstriert wurde. In leidenschaftlicher Erregung und Empörung protestierte die deutsche Arbeiterklasse gegen die politische Entrechtung und die Knebelung der Demokratie, die Zweck und Sinn der Verwaltungsreform war. Der Protest der deutschen Arbeiterklasse, der weit über die Kreise des sudetendeutschen Proletariats hinaus der Sympathie der deutschen Bevölkerung begegnete, vermochte die deutschen Regierungsparteien, die völlig dem Einfluß ihrer tschechischen Bundesgenossen ausgeliefert waren, nicht davon abzuhalten, für die Verwaltungsreform zu stimmen. Am 1. Juli 1927 wurde das Gesetz vom Abgeordnetenhaus angenommen.

Aber der Teplitzer Parteitag war nicht nur eine Kampftagung, sondern er legte auch den Grundstein zur proletarischen Internationale dieses Staates. In einer außerordentlich wirkungsvollen Rede nahm Genosse Dr. Czech zu der politischen Lage und zu den Forderungen der sudetendeutschen Arbeiter Stellung. Das Ergebnis der politischen Situation faßte er in dem Wunsche der deutschen Arbeiterklasse dieses Staates zusammen, daß der Internationale des Bürgertums die Internationale der Arbeiterklasse aller Nationen gegenübergestellt werden muß. Die Verhandlungen des Parteitages erreichten ihren Höhepunkt, als Genosse Dr. Czech als Sprecher der Wünsche und Forderungen der deutschen Arbeiterklasse und Genosse Dr. Soukup als Vertreter der tschechischen Bruderpartei auf dem Parteitage die Forderung und den ernsten Willen beider Parteien zum Ausdruck brachten, die Internationale der sozialdemokratischen Parteien dieses Landes so rasch als möglich zur Tat werden zu lassen.

Vor eine bedeutsame Entscheidung wurde die Partei anläßlich der Wahl des Präsidenten der Republik gestellt. Trotz grundsätzlicher Unterschiede zwischen der Stellung Masaryks und unserer Partei entschieden sich die beiden parlamentarischen Klubs und der Parteivorstand in dem Augenblick, als die Wiederwahl Masaryks gefährdet und sogar die Möglichkeit einer reaktionären Gegenkandidatur gegeben war, für Masaryk zu stimmen. In einem gemeinsamen Beschluß der beiden Klubs und des Parteivorstandes wurde ausgeführt, „daß dieses Votum, das vor allem dem Bedürfnis nach einem klaren und entschiedenen Abrücken von den reaktionären Elementen des herrschenden deutsch-tschechischen Systems entsprungen ist, die neuerliche und schärfste Ablehnung jeder Gemeinschaft mit diesem volksfeindlichen Regime bedeutet".

Nach der großen Aktion der Partei gegen die Verwaltungsreform trat eine allgemeine Versammlungsmüdigkeit ein. Die ruhige Stimmung im Sommer 1927 wurde jäh unterbrochen, als die Nachricht von dem Blutvergießen in den Straßen von Wien am 15. Juli bei uns eintraf. Die Partei nahm zu diesen Ereignissen in einem Aufruf an die sudetendeutschen Arbeiter und Arbeiterinnen Stellung, in dem sie die Wiener Arbeiter unverbrüchlicher Solidarität versicherte. Gleichzeitig wandte sich dieser Aufruf gegen die demagogische Ausnützung der Wiener Ereignisse durch die Kommunisten, Klerikalen und Nationalisten dieses Staates. Im Anschluß daran wurden in zahlreichen größeren Städten der Republik Versammlungen abgehalten, in denen u. a. auch österreichische Genossen Ursachen, Verlauf und Wirkungen der Vorgänge in Wien aufzeigten. Der Appell, den Wiener Arbeitern in ihrem schweren Kampfe beizustehen, blieb in der sudetendeutschen Arbeiterklasse nicht ungehört. 189.000 Kronen wurden für die Opfer der Juli-Ereignisse von unserer Partei gesammelt und nach Wien überwiesen. Das Ergebnis dieser Sammlung war um so bewundernswerter, als gleichzeitig für die Opfer der schweren Wetterkatastrophe gesammelt wurde, die im Sommer 1927 die Randgebiete der Republik heimsuchte. Auch diese Sammlung ergab die gewaltige Summe von 120.000 K.

•

Der Gemeindewahlkampf im Jahre 1927.

Im Herbst 1927 wurden die Wahlen in die Gemeindevertretungen ausgeschrieben. Die deutschen Parteien der Bürgerblockregierung waren bemüht, die politische Bedeutung dieser Wahlen, die sie als erste Abrechnung über ihre reaktionäre, arbeiterfeindliche Politik fürchteten, soweit als möglich herabzusetzen und zu verkleinern. Der Parteivorstand würdigte in einem Wahlaufruf die politische Bedeutung der Gemeindewahlen und beleuchtete darin die Rückwirkungen der reaktionären Politik des Bürgerblocks auf die Selbstverwaltung. Noch einmal wurde der Wählerschaft kurz vor den Wahlen aufgezeigt, worin die Tätigkeit der Bürgerblockregierung bis zu diesem Zeitpunkte bestand. Mit Nachdruck wurde darauf verwiesen, daß es sich bei den Gemeindewahlen um eine politische Kundgebung von allergrößter Bedeutung handelt. Es wurde der Wählerschaft aber auch noch einmal vor Augen geführt, daß der Wahlausgang entscheidend sein wird für das Schicksal der politischen und sozialpolitischen Errungenschaften der Arbeiterklasse, die abzubauen die Absicht des Bürgerblockes war. In einem leidenschaftlichen Wahlkampf, in dem die Partei im Trommelfeuer von rechts und links stand, haben wir unsere Kräfte mit unseren Gegnern gemessen. Die Wahlen brachten einen deutlichen Ruck nach links, der sich vor allem in einem starken Stimmenzuwachs unserer Partei auf der einen Seite und in starken Stimmenverlusten der Christlichsozialen verkörperte. Aber auch auf tschechischer Seite brachte der Wahlausgang starke Erfolge der tschechischen Sozialdemokraten und offenbarte somit die Tatsache, daß dem Aufstieg unserer Partei der Aufstieg unserer tschechischen Genossen parallel ging.

•

Neue Kämpfe.

Der Bürgerblock hat aus den Gemeindewahlen nicht die notwendigen Schlußfolgerungen gezogen. Noch immer fühlte er sich seiner Macht sicher, die rücksichtslos auszunützen er sich nach den Wahlen anschickte. Sein erster Anschlag nach den Gemeindewahlen richtete sich gegen die Sozialversicherung, die seit ihrem Bestande den Industriellen und ihren politischen Exponenten ein Dorn im Auge war. In demagogischer Weise bemühten sich die Bürgerblockparteien, den politisch Indifferenten und ungeschulten Arbeitern einzureden, daß die Leistungen der Sozialversicherung in keinem Verhältnis zu den Opfern der Arbeiter stünden. Am 25. Oktober 1927 wurde die Novelle zum Sozialversicherungsgesetz vorgelegt, die wesentliche Verschlechterungen des Gesetzes beinhaltete und nichts anderes als das erste Attentat auf die sozialpolitische Gesetzgebung überhaupt sein sollte. Schon kurze Zeit darauf hat der Bürgerblock diese Absicht bewiesen, als er die Frage der Besoldung und Systemisierung der Eisenbahner in diktatorischer Art zu Ungunsten der Eisenbahner lösen wollte. Der Parteivorstand rief in einem Manifest die werktätige Bevölkerung zum Kampfe gegen diese reaktionären Pläne des Bürgerblocks auf. Von diesem Zeitpunkt an tritt die Arbeiterklasse dieses Staates nicht nur in den Abwehrkampf gegen den beabsichtigten Abbau der politischen und sozialpolitischen Rechte, sondern nahm auch den Kampf um die Verbesserung der Arbeitsverhältnisse und Erhöhung der Löhne auf, deren Kaufkraft durch die Verteuerung der Lebenshaltung gesunken war.

In diese politisch bewegte Zeit fällt auch eine Werbeaktion der Partei, die uns eine beträchtliche Zahl neuer Mitglieder zuführte.

•

Der erste internationale sozialdemokratische Kongreß in Smichow.

Der Wunsch Zehntausender deutscher Arbeiter und Arbeiterinnen, zu einer Verständigung mit den tschechischen Arbeitern zu gelangen, ging in Erfüllung, als zu Weihnachten 1927 die Einladung zum I. Internationalen sozialdemokratischen Kongreß erging, der am 28. und 29. Jänner 1928 in Prag-Smichow abgehalten wurde. Die kapitalistische Entwicklung in diesem Staate hat den Boden für die Verständigung der deutschen und tschechischen Arbeiter dieses Staates geebnet und damit die Voraussetzungen für einen neuen Aufstieg der Arbeiterklasse, für die Errichtung einer gemeinsamen Abwehr- und Angriffsfront der sozialdemokratischen Arbeiterschaft geschaffen. Der Kongreß, dessen Verhandlungen nicht nur von den Delegierten, sondern von Hunderttausenden deutschen und tschechischen Arbeitern und Arbeiterinnen mit regem Interesse verfolgt und mit Freude und Begeisterung aufgenommen wurden, führte zum Wiederaufbau der sozialdemokratischen Internationale auf dem Boden dieses Staates. In einem Manifest wandte sich der Kongreß an die Arbeiterklasse aller Nationen und forderte sie zur Sammlung ihrer Kräfte zum Kampfe gegen das reaktionäre Regime auf. In einer politischen Entschließung wird dies als die große Aufgabe der sozialdemokratischen Parteien bezeichnet und festgestellt, daß „das Proletariat aller Nationen zu gemeinsamem Schicksal auf Gedeih und Verderb verbunden ist". Als positives Ergebnis des Kongresses muß weiter die Einsetzung eines vorbereitenden Ausschusses aller sozialdemokratischen Parteien angesehen werden, dessen Aufgabe es ist, alle zur wirklichen Einigung notwendigen programmatischen und organisatorischen Vorarbeiten zu leisten. Welchen Widerhall der Smichower Kongreß in der Arbeiterklasse beider Nationen fand, das zeigte der Verlauf der ersten gemeinsamen Maifeier im Jahre 1928. Der Schwung und die Begeisterung, die von diesem Kongreß ausgingen, hatten die breiten Massen der werktätigen Bevölkerung erfaßt, die am 1. Mai 1928 in ungeheurer Zahl in Stadt und Land aufmarschierten, um den elementaren Willen des arbeitenden Volkes zur Einheit und Vereinheitlichung der Arbeiterbewegung kundzugeben. In dieser ersten gemeinsamen Maifeier deutscher und tschechischer Arbeiter erblickte die werktätige Bevölkerung ein Symbol der proletarischen Internationale in der Tschechoslowakei. Viele Tausende, die in früheren Jahren den Maifeiern fernblieben, wurden mitgerissen und beteiligten sich an unseren Maidemonstrationen. Aber auch die folgenden gemeinsamen Aktionen nach dem Smichower Kongreß, die gemeinsamen Kämpfe bis zum heutigen Tage sind eine Folge des Einigungswerkes von Smichow.

•

Ein Jahr der Abrechnung mit dem Bürgerblock.

Das Jahr 1928 fand die Arbeiterklasse in schwerem Kampfe mit dem Bürgerblock und mit der Bourgeoisie. Zu Beginn des Jahres kündigten die vereinigten Bergarbeiterorganisationen im nordwestböhmischen Braunkohlenrevier den Lohnvertrag und am 13. Feber traten die nordwestböhmischen Bergarbeiter, nachdem die Verhandlungen gescheitert waren, in den Streik. Die Partei hat diesen Kampf nicht nur moralisch, sondern auch dadurch unterstützt, daß sie durch die beiden Klubs die Regierung, bzw. den Arbeitsminister zwang, zum Kampf Stellung zu nehmen. Am 1. März wurde der Bergarbeiterstreik mit einem Erfolg, der sich in einer Lohnerhöhung von 5 bis 6 Prozent ausdrückte, abgeschlossen.

Von neuem glaubte der Bürgerblock, der weder aus den allgemeinen Gemeindewahlen, noch aus folgenden Einzelwahlergebnissen etwas gelernt hatte, an die Verschlechterung der Sozialversicherung schreiten zu können. Mit diesem Anschlag begnügten sich aber die Bürgerparteien nicht, sondern beschlossen auch im März 1928 trotz heftigen Widerstandes der sozialdemokratischen Opposition eine Verschlechterung des Mieterschutzes, die eine Etappe auf dem Wege zum gänzlichen Abbau sein sollte. Ermutigt durch das Gelingen der Verschlechterung des Mieterschutzes holte der Bürgerblock am 26. März 1928 zu einem Gewaltstreich gegen die Sozialversicherung aus, in dem die Debatte über die Novelle zur Sozialversicherung im Abgeordnetenhaus kurzerhand beendet und die Frage einem Subkomitee zugewiesen wurde. Diese Behandlung der Sozialversicherungsnovelle rief die Arbeiterklasse auf den Plan und führte zu gewaltigen Kundgebungen auf dem Altstädter Ring in Prag, die von drei Gewerkschaftszentralen einberufen worden waren und trotz des Verbotes, das der klerikale Fürsorgeminister Sramek erwirkt hatte, und trotz eines Massenaufgebotes von Gendarmerie abgehalten wurde. Am 3. April fanden wieder große öffentliche Kundgebungen in Prag statt, an denen viele Zehntausende Arbeiter und Arbeiterinnen teilnahmen. Dem Kampf der Prager Arbeiter folgten große Kundgebungen aller sozialistischen Parteien und der beiden freien Gewerkschaftszentralen in der Provinz und in einer großzügigen Flugblattaktion wurden die Arbeiter auf die Pläne der Bürgerblockregierung aufmerksam gemacht und zum Abwehrkampf aufgefordert. Dieser Kampf aber richtete sich nicht nur gegen die beabsichtigte Verschlechterung der Sozialversicherung, sondern gegen das ganze Regierungssystem des Bürgerblocks, das in der Ausschaltung des Parlaments und in der Uebertragung der Regierungstätigkeit auf einen Achterausschuß der Regierungsparteien bestand.

Die Maifeiern im Jahre 1928, deren herrlichen Verlauf wir schon erwähnten, bildeten auch den Höhepunkt des Kampfes gegen den Bürgerblock und sein Herrschaftssystem. Die Kräfte der Partei waren in diesen harten Kämpfen mobilisiert worden, der Verlauf der folgenden Veranstaltungen zeigte immer mehr, daß die Sympathien der arbeitenden Menschen in Stadt und Land auf unserer Seite waren. Im Frühjahr 1928, zu Pfingsten, fand in Aussig der 2. Reichsjugendtag unseres Sozialistischen Jugendverbandes statt, der ebenfalls den Charakter einer großen internationalen Kundgebung trug und ein lebendiges Bekenntnis der Jugend zur Partei war. Am 6. Mai fanden Gemeindewahlen in Jägerndorf und am 3. Juni in Wigstadtl statt, die uns neue Erfolge brachten und ein hoffnungsvolles Vorzeichen für die Landes- und Bezirksvertretungswahlen waren.

In den Frühling und Sommer d. J. 1928 fällt auch die Umgruppierung im deutschbürgerlichen Lager, der Konflikt des Abgeordneten Dr. Rosche mit der Deutschen Nationalpartei und die Gründung der Deutschen Arbeits- und Wirtschaftsgemeinschaft, der Interessenvertretung der deutschen Industrie.

Die politischen Auseinandersetzungen mit dem Bürgerblock erhielten im Herbst einen neuen Impuls, als Anfang September die Zuckersteuer erhöht wurde und am 21. September die bürgerliche Mehrheit des Parlaments die Novelle zum Sozialversicherungsgesetz mit wesentlichen Verschlechterungen der Sozialversicherung annahm, obgleich es gelungen war, einige Verschlechterungen abzuwehren, bzw. zu mildern.

Eine für die politische Situation des Jahres 1928 und für die folgende Zeit bedeutsame Erscheinung waren die Auseinandersetzungen in der Kommunistischen Partei, mit denen der organisatorische und zum Teil auch der politische Zerfall der K. P. C. seinen Anfang nahm. Am 1. August des Jahres 1928 sollte der „Rote Tag" stattfinden, der, nach den Ankündigungen der kommunistischen Presse, die größte kommunistische Kundgebung werden sollte. An Stelle der Massenaufmärsche trat eine große Blamage der KPC., die selbst die größten Pessimisten nicht erwartet hatten. Als Folge des „Roten Tages" wurde am 1. Oktober ein offener Brief des Exekutivkomitees der kommunistischen Internationale an die KPC. veröffentlicht, der zu heftigen inneren Kämpfen in der Kommunistischen Partei führte, die vorläufig mit dem Zusammenbruch der kommunistischen Gewerkschaften, mit dem Anschluß eines Teiles derselben an die tschechische freie Gewerkschaftszentrale, mit dem Zusammenbruch der Kommunistischen Partei in ihren ehemals stärksten Kreisgebieten und mit der Absplitterung der kommunistischen Opposition endeten.

•

Die Wahlen in die Landes- und Bezirksvertretung.

In dem Gesetz über die Verwaltungsreform wurden die Landes- und Bezirksvertretungen geschaffen, für die die Wahlen am 3. November für den 2. Dezember 1928 ausgeschrieben wurden. Die Partei war für diesen Wahlkampf gerüstet und bereits am 3. November, also am Tage der Wahlausschreibung, erschien unser Wahlaufruf. Das Bestreben der Bürgerparteien ging dahin, uns die Wahlpropaganda so sehr als möglich zu erschweren, weshalb uns die Behörden auch die Affichierung unserer Bilderplakate verboten. Die Unterdrückung unserer Wahlagitation hat nichts gefruchtet. Die Wahlen endeten mit einem eindeutigen Siege der deutschen und tschechischen Sozialdemokraten und bestätigten unsere Behauptung, daß die Mehrheit der Bevölkerung nicht mehr hinter den Parteien des Bürgerblocks stand. Ein Vergleich mit früheren Wahlergebnissen ist nicht ohne weiteres möglich, doch kann mit gewissen Einschränkungen zur Beurteilung der Verschiebungen des politischen Kräfteverhältnisses das Wahlergebnis für den Senat vom Jahre 1925 herangezogen werden. Die Senatswahlen als Grundlage genommen, ergibt sich für uns ein Stimmenzuwachs von mehr als 40.000, bei den tschechischen Sozialdemokraten ein Gewinn von fast 200.000 Stimmen, während die deutschen Christlichsozialen 87.000 und die Landbündler und Gewerbepartei 17.000 Stimmen verloren. Am selben Tage fanden auch Gemeindewahlen in Brünn statt, bei denen unsere Partei 3000 Stimmen und zwei Mandate gewann. Als weitere bemerkenswerte Erscheinung der Landes- und Bezirksvertretungswahlen muß der starke Rückgang der Stimmenzahl der Deutschen Nationalpartei und die überraschend guten Erfolge der Gruppe Dr. Rosche festgehalten werden. Die Betrachtung des Gesamtergebnisses dieser Wahlen ergab die Tatsache, daß die Regierungsparteien 3,211.203 Stimmen, die Oppositionsparteien hingegen 3,456.526 Stimmen erhielten, also über eine Mehrheit von 245.323 Stimmen verfügten. Es entsprach dem Charakter des deutsch-tschechischen Bürgerblockes, daß die Regierung dieses für sie ungünstige Wahlergebnis in Ausübung ihres Ernennungsrechtes, vor allem in den Landesvertretungen zu korrigieren versuchte. Tatsächlich hat die Regierung am 29. Dezember 1928 ihr Ernennungsrecht auf das gröblichste mißbraucht, indem sie in Böhmen, wo sie 23 Oppositionelle härten ernennen müssen, nur 12

Parteigenossin! — Parteigenosse!
ist Deine Tochter — Dein Sohn
schon in den Reihen der
sozialistischen Arbeiterjugend,
ist sie (er) schon Mitglied des
„Sozialistischen Jugendverbandes?"

Mitglieder der Opposition, anstelle von 17 Angehörigen der Regierungsparteien aber 28 ernannte. Auf diese Weise wurde die Minderheit der Regierungsparteien künstlich in eine Mehrheit umgewandelt. Gegen diesen faschistischen Akt des deutsch-tschechischen Bürgerblocks nahm der Parteivorstand in seiner Sitzung am 4. Jänner in einer Entschließung auf das Entschiedenste Stellung. Im Zusammenhang mit diesem Mißbrauch des Ernennungssystems erfolgte am 4. Jänner auch die Veröffentlichung der Regierungsverordnung über den Sprachengebrauch in den Landes- und Bezirksvertretungen, in der die deutsche Sprache eine schwere Zurücksetzung erfuhr.

Es war eine logische Folge des Ergebnisses der Landes- und Bezirksvertretungswahlen, daß die Parteivertretung in ihrer Sitzung am 13. Dezember die Forderung erhob, das Parlament aufzulösen und Neuwahlen auszuschreiben. Gleichzeitig nahm die Parteivertretung gegen neue agrarische Forderungen, die auf eine weitere Belastung der arbeitenden Bevölkerung hinausliefen, und gegen die Absicht der Regierung Stellung, einen Gesetzentwurf einzubringen, der die Militarisierung der gesamten Zivilbevölkerung beabsichtigte.

*

Das Sterben des Bürgerblocks — Neuwahl der Nationalversammlung.

Der Ausgang der Landes- und Bezirksvertretungswahlen hat die politische Stellung des Bürgerblocks erschüttert. Am 1. Feber wurde Udržal an Stelle Svehlas Ministerpräsident, womit die tschechischen Agrarier ihren Einfluß in der Regierung zu vergrößern suchten. Die Koalition wurde von inneren Kreisen heimgesucht. Jene Parteien, die bei den Wahlen Stimmenverluste zu verzeichnen hatten, waren nicht mehr ohne weiteres geneigt, den reaktionären Kurs fortzusetzen, es begann die Auflösung des Bürgerblocks und seine innere Zersetzung. Die Krise erhielt eine weitere Zuspitzung, als gegen Professor Tuka die Anklage wegen Hochverrates erhoben wurde und die klerikalen Slowaken, zu deren Führern Tuka gehörte, für Tuka Stellung nahmen. Einen weiteren Stoß bekam die Koalition, als an Stelle Udržals sein Parteifreund Dr. Bizkovsky zum Minister für nationale Verteidigung ernannt und damit der Einfluß der tschechischen Agrarier in der Regierung, die nun über 4 Minister verfügten, während die tschechischen Klerikalen nur durch 2 Minister vertreten waren, neuerlich gehoben wurde. Die Ernennung Bizkovskys vergrößerte die Kluft zwischen den tschechischen Agrariern und Klerikalen, die sich bald als unüberbrückbar erwies. Der Zerfall der Koalition war bereits soweit gediehen, daß eine Einigung über einzelne Regierungsaufgaben nicht mehr zu erzielen war und somit als letzter Ausweg die Auflösung des Parlaments und die Ausschreibung der Neuwahlen blieb. Die Wahlen in die Nationalversammlung endeten mit einem überwältigenden Sieg der deutschen und tschechischen Sozialdemokraten und mit einer Niederlage der Regierungsparteien und der Kommunisten. Wir erhielten mehr als eine halbe Million Stimmen und 21 Sitze im Abgeordnetenhaus bezw. fast 460.000 Stimmen für den Senat und 11 Senatsmandate. Die tschechischen Sozialdemokraten erreichten eine Stimmenzahl von 970.000 und wurden die zweitstärkste Partei innerhalb des tschechischen Volkes und die stärkste Arbeiterpartei überhaupt. Die deutschen Christlichsozialen büßten ein Viertel ihrer Stimmen ein, aber auch die tschechischen und slowakischen Klerikalen verzeichneten starke Stimmenverluste. Die Niederlage des Bürgerblocks war eklatant.

Der Bürgerblock war außerstande, eine tragfähige Regierungsmehrheit zu bilden und so kam es Ende 1929 zur Bildung einer Koalitionsregierung zwischen Sozialisten und bürgerlichen Parteien. Trotzdem die sozialistischen Parteien in dieser Regierung über eine Minderheit verfügen, gelang es ihnen — nicht zuletzt dank der Initiative und Energie des Fürsorgeministers Dr. Czech — die Allmacht, die die tschechischen Agrarier in der Zeit des Bürgerblocks besaßen, zu brechen und eine Reihe bedeutender Erfolge auf sozialpolitischem Gebiet zu erringen, deren Bedeutung um so größer ist, als sie in einer Zeit des Niederganges der Wirtschaft und einer schweren Wirtschaftskrise durchgesetzt werden konnten.

Im Jahre 1929 vollzog sich auch weiter in unaufhaltsamem Tempo der organisatorische Zusammenbruch der Kommunistischen Partei. Im Jänner und Feber unternahmen die Kommunisten noch zwei große Versuche, in der Arbeiterschaft Einfluß zu gewinnen; den Streikputsch in der nordböhmischen Textilindustrie und den Eroberungsfeldzug im Arbeiter-Turn- und Sportverband. Der Streikputsch in Nordböhmen zeigte aber schon die völlige Isolierung der Kommunistischen Partei, noch dazu in einem Gebiete, das sie bis zu dieser Zeit nach außen hin völlig beherrschte. Für den 8. Feber war der Generalstreik proklamiert, aber nur ein kleiner Teil selbst der kommunistisch organisierten Textilarbeiter war dieser Parole gefolgt. Von 32.000 Textilarbeitern schlossen sich nur 4800 dem Streike an. Wenige Tage darauf brach dieser Putsch kläglich zusammen. Im Zusammenhang mit dieser Niederlage in Nordböhmen steht die Auflösung der kommunistischen Gewerkschaften, die schon damals nicht mehr in der Lage waren, die Streikunterstützung auszubezahlen und damit ihre Anhänger ihrem Schicksal überließen. Von dem ehemaligen J. A. V. spalteten sich die sogenannten roten Gewerkschaften ab und schlossen sich zu einem eigenen Verband zusammen, der allerdings zur Bedeutungslosigkeit herabgesunken ist. Soweit die kommunistischen Gewerkschaften diese Spaltung nicht mitmachten, also im J. A. V. verblieben, fanden sie im Laufe des Jahres 1930 den Weg zur tschechischen freigewerkschaftlichen Zentrale zurück. Dem Zerfall der kommunistischen Gewerkschaftsbewegung folgte also auf der anderen Seite eine weitere Konsolidierung der freien Gewerkschaften. Aber auch der Generalangriff auf den Arbeiter-Turn- und Sportverband mißlang vollständig. Es kam zum Ausschluß des 4. Kreises, Reichenberg, womit den kommunistischen Spaltern innerhalb des Arbeiter-Turn- und Sportverbandes ein für allemal das Handwerk gelegt wurde. Gleichzeitig wurde mit dem Wiederaufbau der Arbeiter-Turn- und Sportbewegung im Gebiete des 4. Kreises, Reichenberg, begonnen.

Die Niederlagen, die die kommunistische Bewegung auf politischem und gewerkschaftlichem Gebiet, aber auch innerhalb der Kulturorganisationen zu verzeichnen hatte, führten im letzten Berichtsjahre auch zur Spaltung der Partei. Die kommunistische Opposition, die im Ascher und Reichenberger Gebiet über einen gewissen Anhang verfügte, wurde ausgeschlossen und hat sich als selbständige Partei konstituiert. Der Reichenberger „Vorwärts" wurde das Sprachrohr der kommunistischen Opposition, konnte allerdings sehr bald nicht mehr als Tagblatt, sondern nurmehr als Wochenblatt herausgegeben werden.

Die drei Berichtsjahre, über die der Parteitag einen Rechenschaftsbericht entgegennehmen wird, waren also für die sozialdemokratische Partei Jahre äußerer, aber auch innerer Konsolidierung. Die Partei verzeichnet nicht nur politische, sondern auch organisatorische Fortschritte, die in einem starken Wachstum der Mitgliederzahl und des Markenumsatzes zum Ausdruck kommen. Der Beschluß, der dem Smichower Kongreß vorangegangenen Reichskonferenz, einen Kampffonds zum organisatorischen Ausbau der Partei einzuführen, hat uns in die Lage versetzt, in zahlreichen Gebieten Sekretariate zu errichten, also Bezirke in die Parteiarbeit einzubeziehen, die zu bearbeiten, wir vorher infolge mangelnder finanzieller Mittel nicht imstande waren. Durch den Kampffonds war die Möglichkeit gegeben, im Kreise Bodenbach ein Sekretariat für Böhmisch-Leipa-Leitmeritz, im Kreise Brünn ein Sekretariat für Nikolsburg-Znaim, im Kreise Pilsen-Budweis ein Kreissekretariat in Pilsen, ferner Gebietssekretariate in Böhm.-Krumau, Staab und Tachau, ein Sekretariat in Kaaden, Joachimsthal, in Brüx, Saaz, Dux, ein Frauenkreissekretariat in Trautenau, ein Sekretariat für Wigstadtl-Troppau zu errichten und eine Reihe von bestehenden Sekretariaten zu unterstützen. Ganz besonders erfreulich ist die Steigerung des Markenumsatzes, die im Jahre 1927/28 17.8 Prozent betrug und in den folgenden zwei Berichtsjahren, allerdings nicht in diesem Ausmaße, angehalten hat.

Als ein weiterer Erfolg sei auch erwähnt, daß das Verhältnis zu den Kulturorganisationen in den letzten drei Jahren noch inniger geworden ist, daß sich insbesondere die Beziehungen zum Arbeiter-Sängerbund gebessert haben, dessen letzter Verbandstag, ähnlich wie das beim Arbeiter-Turn- und Sportverband schon früher der Fall war, ein klares Bekenntnis zur sozialdemokratischen Partei ablegte. Die gleiche Entwicklung vollzog sich — dank der Energie der sozialdemokratischen Funktionäre — im Arbeiterrad- und Kraftfahrerbund, in dem es ebenfalls gelang, den Einfluß der Kommunisten erheblich zurückzudrängen. Aber auch im Bund proletarischer Freidenker hat sich eine bemerkenswerte Wandlung im Interesse der Freidenkerbewegung vollzogen.

Die Entwicklung der Parteiorganisation und der Arbeiterbewegung im allgemeinen in der Berichtsperiode kann uns mit Freude und Stolz erfüllen. Die Partei ist den Aufgaben, die uns die politische und wirtschaftliche Entwicklung stellte, gerecht geworden. Sie hat sich in den schweren Kämpfen unter der Herrschaft des deutsch-tschechischen Bürgerblocks tapfer und siegreich geschlagen und kann am Parteitag einen Rechenschaftsbericht erstatten, der von vielen Erfolgen auf allen Gebieten der Parteiarbeit zu berichten weiß. Der Parteitag tritt unter geänderten politischen Verhältnissen zusammen. Er wird die Tätigkeit und Arbeit der Partei vom Juni 1926 bis jetzt prüfen, aber auch die Aufgabe haben, die Aufwärtsentwicklung unserer Parteiorganisation in Zukunft fortzusetzen.

* *

Der Bericht der Zentralstelle für das Bildungswesen.

Die Bildungsarbeit wurde in den drei Berichtsjahren durch die politische Situation und die Wahlen ziemlich stark beeinträchtigt. Im Vordergrund der Tätigkeit der Partei stand die Wahlagitation, die alle Kräfte der Partei in Anspruch nahm. Dennoch verzeichnen wir auf dem Gebiete der Bildungsarbeit einen wichtigen Fortschritt in der Weise, daß die Notwendigkeit der Erziehung und Schulung der Parteigenossen und Genossinnen, vor allen aber der Funktionäre immer mehr erkannt wurde. Ein äußeres Zeichen dieser Erkenntnis ist die Tatsache, daß in den Vordergrund unserer Bildungstätigkeit wiederum die theoretische Schulung unserer Mitglieder und Funktionäre, also die Vermittlung sozialistischer Erkenntnisse und der Grundsätze der sozialistischen Wirtschafts- und Gesellschaftstheorie getreten ist. Auch die Durchführung der Bildungsarbeit hat sich gebessert. In allen Kreisorganisationen wurden Kreisbildungsausschüsse errichtet, die die gesamte Bildungsarbeit im Kreisgebiete planmäßig organisieren und in den meisten Fällen durch die Bezirksbildungsausschüsse wirksam unterstützt werden. In einzelnen Bezirken wurde die Einrichtung getroffen, Bildungskonferenzen abzuhalten, die sich mit dem Inhalt und der Organisation der Bildungsarbeit in den betreffenden Bezirken befassen. Eine nicht zu unterschätzende Schwierigkeit für die Entfaltung einer großzügigen Bildungsarbeit bildet der Mangel an finanziellen Mitteln und Kräften in einzelnen Kreisorganisationen. Die Zentralstelle für das Bildungswesen hat sich dieser Gebiete helfend angenommen. Neben der Organisierung der Bildungsarbeit in den Kreisen und Bezirken und der Beistellung und Vermittlung von Vortragskräften hat es sich die Zentralstelle für das Bildungswesen zur Aufgabe gemacht, durch Veranstaltung mehrwöchentlicher Internatschulen, eine Anzahl von Funktionären tiefer und gründlicher in die Lehren des wissenschaftlichen Sozialismus einzuführen. So fand im Jahre 1927 in Johannisbad eine Reichsparteischule statt, die 4 Wochen dauerte und von 17 Genossen und 15 Genossinnen besucht war. Im Jänner 1928 wurde in Karlsbad eine Schule für fortgeschrittene Parteifunktionäre abgehalten, in der durch 2 Wochen 26 Hörer, die aus dem Kreis führender Funktionäre ausgewählt worden waren, unterrichtet wurden. Kurz darauf veranstaltete die Zentralstelle in Dittersbach einen agrarpolitischen Kurs, der von 18 Funktionären aus Agrargebieten besucht war. Die Zentralstelle für das Bildungswesen beabsichtigt auch in der nächsten Zeit solche Spezialkurse wieder durchzuführen. Im Mai 1929 nahmen 28 Genossinnen an einer 4wöchentlichen Reichsfrauenschule teil, die ebenfalls in Dittersbach abgehalten wurde. Einen großen Teil der Tätigkeit der Zentralstelle nahm die Organisation der Bildungsarbeit in den Kreisen ein. Die Zentralstelle hat vor allem Vortragende vermittelt und an der Aufstellung der Lehrpläne von Schulen mitgewirkt. Als zweckmäßigste Form der Bildungsarbeit in den Bezirken haben sich die Wochenendschulen erwiesen, während für die Kreisschulen die Internatsform am besten entsprach. Insgesamt hat die Zentralstelle 194 Vortragende vermittelt. Als Fortschritt in der Durchführung unserer Bildungsarbeit sei auch erwähnt, daß vielfach schon der Vortrag durch die Arbeitsgemeinschaft zwischen Lehrer und Schüler ersetzt wurde, bei der ein innigerer Kontakt zwischen beiden gegeben ist. Die Veranstaltung von Vortragsturneen wurde infolge der bestehenden finanziellen Schwierigkeiten in den einzelnen Organisationen in der Berichtsperiode eingeschränkt und das Vortragsabonnement überhaupt eingestellt. Immerhin konnte eine ziemlich große Zahl von Vortragszyklen mit vorwiegend ausländischen Vortragenden durchgeführt werden. Im kommenden Winter soll in Ausführung eines Beschlusses der Zentralstelle in jeder Lokalorganisation wenigstens ein Vortrag veranstaltet werden, in dem die Grundsätze unserer Bewegung behandelt werden. Was die Verwendung der Lichtbilderserien und Filmstreifen anbelangt, so muß leider festgestellt werden, daß hier eine rückläufige Tendenz zu bemerken ist. Immerhin sind 216 Entlehnungen zu verzeichnen. Die Besucherzahl erreichte 18.146. Hingegen erfreute sich der Film steigender Beliebtheit, besonders zu Wahlzeiten, wo er sich als ein ausgezeichnetes Agitationsmittel erwies. Ein großer Fortschritt ist auf dem Gebiete der Festkultur zu verzeichnen. Die Veranstaltungen der Partei, und zwar nicht nur jene der Bezirke und Kreise, sondern auch die Feste und Feiern der Lokalorganisationen offenbaren immer mehr den starken Kulturwillen des Proletariats und tragen in den meisten Fällen schon den Charakter künstlerischer Veranstaltungen. Der Reichsarbeitertag, der wohl am sinnfälligsten den kulturellen Fortschritt der Arbeiterklasse versinnbildlichte, hat auch in dieser Beziehung anregend und beispielgebend gewirkt. Die Zentralstelle war bemüht, die Organisationen durch Beistellung von Festprogrammen für März- und Maifeiern in dem Bestreben zu unterstützen, nur Feiern mit wertvollem Inhalt zu veranstalten. Die Verwendung von Sprech- und Bewegungschören wurde zweifellos durch einen Sprechchorleiter-Kurs, der im Jahre 1928 in Dittersbach veranstaltet wurde, gefördert. Als ein weiterer Erfolg unserer Bildungsarbeit kann wohl auch die Erhöhung der Maifestschrift um 10.000 Exemplare und die Steigerung der Auflage des Arbeiterjahrbuches bezeichnet werden. Eine Aufgabe, die zu lösen uns noch nicht restlos gelang, ist unsere Tätigkeit im öffentlichen Bildungswesen, obgleich es bereits gelungen ist, in vielen Gebieten unseren Einfluß mit der Stärke unserer Partei in Einklang zu bringen. In verschiedenen Orten war es unseren Genossen möglich, im Rahmen der von den Orts- und Stadtbildungsausschüssen veranstalteten Vortragsreihen auch Themen unterzubringen, die der Arbeiterklasse besonders nahe liegen. Ebenso ist die Zahl der Gemeindebüchereien gewachsen, die über eine größere Menge sozialistischer Literatur verfügen. Die Tätigkeit der Zentralstelle für das Bildungswesen war in der Berichtszeit, trotzdem vor allen politische Aktionen das Parteileben beherrschten, sehr lebhaft und erfolgreich. Wenn es nicht gelungen ist, in allen Gebieten der sozialistischen Bildungsarbeit jenen Raum in der Parteiarbeit zu geben, der ihr gebührt, so muß unser Bestreben in Zukunft dahin gehen, das Verständnis für die Notwendigkeit einer sozialistischen Schulung unserer Parteimitgliedschaft und der Funktionäre in allen Körperschaften noch fester zu verankern. Die Aufgaben, die die Arbeiterklasse auf wirtschaftlichem, kulturellem, politischem und sozialpolitischem Gebiet zu erfüllen hat, werden immer größer. Damit aber erwächst auch für die Arbeiterbewegung die Verpflichtung, die Arbeiterklasse mit dem notwendigen Wissen und Erkenntnissen auszurüsten, damit sie in der Lage ist, den an sie gestellten Anforderungen zu entsprechen.

Die Entwicklung der sozialdemokratischen Frauenbewegung.

Die Macht der Arbeiterklasse ist in eminentem Maße von der politischen Stellung der Arbeiterfrauen abhängig. In diesem Sinne fiel unserer Frauenbewegung in der Berichtsperiode eine besondere politische Aufgabe zu. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß der Bürgerblock, der im Jahre 1926 erstand, zum großen Teil seine Macht jenem Teil der Arbeiterfrauen verdankt, die bei den Parlamentswahlen im Jahre 1925 von ihrem Stimmzettel nicht den richtigen Gebrauch machten. Sehr bald sollten vor allem die Arbeiterfrauen diesen verhängnisvollen Fehler zu spüren bekommen. Eine Reihe von Gesetzen, namentlich aber die Zollerhöhung, haben auch diesen Arbeiterfrauen allmählich zum Bewußtsein gebracht, daß es ein politischer Fehler war, den bürgerlichen Parteien zur Macht zu verhelfen. Unserer Frauenbewegung oblag nun die Aufgabe, vor allem die Frauen der Arbeiterklasse aufzuklären und ihnen die Ursachen der wirtschaftlichen und politischen Reaktion in unserem Staate vor Augen zu führen. Die Gemeindewahlen im Jahre 1927, die Wahlen in die Landes- und Bezirksvertretungen und zuletzt die Wahlen in die Nationalversammlung haben den Beweis erbracht, daß diese Aufklärungsarbeit unserer Frauenorganisation von Erfolg begleitet war. Wenn unsere Partei vom Jahre 1927 an nicht nur in organisatorischer Beziehung, sondern auch hinsichtlich der Zahl der sozialdemokratischen Wähler einen ununterbrochenen Aufstieg verzeichnet, so ist dies zum großen Teil der emsigen und mühevollen Tätigkeit der sozialdemokratischen Frauenbewegung zu verdanken. Aber nicht nur in dieser Richtung hat unsere Frauenbewegung ihre Aufgabe erfüllt; sie ist auch auf dem Wege zur aktiven politischen Betätigung der Arbeiterfrauen, zur Massenbewegung, ein großes Stück vorwärts gekommen. Die unerläßlichste Voraussetzung für diese Entwicklung war die Werbung neuer Mitglieder. Trotzdem es nicht möglich war, die für den Herbst 1929 vorgesehene besondere Frauenwerbeaktion durchzuführen, da inzwischen die Parlamentswahlen ausgeschrieben worden waren, gelang es doch, die Zahl der organisierten Frauen beträchtlich zu erhöhen. Unsere Frauen sind hier neue Wege gegangen. Die Werbearbeit vollzog sich vor allem in der Form einer gut vorbereiteten Kleinarbeit. In einzelnen Bezirken wurden besondere fähige Werberinnen in einem bestimmten Gebiet betraut. Zum Teil wurden auf diese Weise auch ländliche Gegenden mit gutem Erfolg bearbeitet. Die herrschende Wirtschaftskrise, von der besonders hart die Arbeiterfrauen betroffen werden, machte es unmöglich, im heurigen Jahre eine besondere Frauenwerbeaktion durchzuführen.

Ein sichtbares Zeichen der politischen Aktivität der sozialdemokratischen Frauenbewegung ist die wachsende Teilnahme der Arbeiterfrauen an der öffentlichen Tätigkeit der Partei. Ganz abgesehen davon, daß die sozialdemokratischen Frauen ihre Vertretung im Parlament und im Lande besitzen, gibt es viele hunderte sozialdemokratische Frauen in den Gemeinde- und Bezirksvertretungen, die nicht nur die Interessen der Arbeiter im allgemeinen, sondern die besonderen Interessen der Arbeiterfrauen und Arbeiterjugend wahren. In den meisten Gemeinden und Bezirken, in denen Sozialdemokraten vertreten sind, sind unsere Frauen auf dem Gebiete der sozialen Fürsorge und der öffentlichen Wohlfahrt tätig. In mühevoller, oft undankbarer Arbeit sind diese Funktionärinnen unserer Frauenorganisationen bestrebt, die Lage unverschuldet in Not und Elend geratener Arbeiterfamilien zu lindern und die Not der Arbeiterklasse als Massenerscheinung zu bekämpfen. Der Aufschwung der sozialdemokratischen Frauenbewegung kam auch in der überraschend großen Beteiligung der Frauen am Reichsarbeitertag zum Ausdruck. In dem gewaltigen Festzug, der allen, die an ihm teilnahmen, ein unvergeßliches Erlebnis bleiben wird, marschierten viele tausende Arbeiterfrauen — ein Zeichen des kulturellen Erwachens und Aufstieges der proletarischen Frau. Aber für diesen Aufstieg und für die Sehnsucht der Frauen, die Reichtümer der Kultur mit zu genießen, sind vor allem die internationalen Frauentage Symbol. Gerade in unseren internationalen Frauentagen verkörpert sich am deutlichsten die erfreuliche Entwicklung unserer Frauenbewegung. Noch vor wenigen Jahren galt es als ein Wagnis, den internationalen Frauentag als öffentliche Kundgebung abzuhalten. Der demonstrative Charakter des Frauentages ging damals zum Teil durch die Uneinheitlichkeit seiner Durchführung, aber auch durch den schwachen Besuch verloren. Die Kundgebungen der letzten Jahre aber waren gewaltige Manifestationen der Arbeiterfrauen für ihre Forderungen, aber auch die Verwirklichung eines Stückes proletarischer Festkultur. Vor vielen tausenden Arbeiterfrauen konnten wir in den letzten Jahren unsere politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Forderungen verfechten. Unser internationaler Frauentag wird heute schon weit über die proletarischen Kreise hinaus beachtet und trägt immer mehr dazu bei, das Wesen des bürgerlichen Muttertages vor den Arbeiterfrauen zu enthüllen. Diese Erfolge sind allerdings nur möglich gewesen, weil die organisatorischen Voraussetzungen dafür geschaffen wurden. Es hat sich unseren sozialdemokratischen Frauen nicht nur darum gehandelt, bei Wahlen die Arbeiterfrauen als sozialdemokratische Wählerinnen zu gewinnen, sondern vor allem aus ihnen überzeugte Sozialdemokratinnen zu machen. In dieser Richtung war ihnen die Schaffung einer eigenen Monatsschrift, der „Gleichheit", für die organisierten Frauen sicher eine willkommene Hilfe. Aber auch „Die Unzufriedene", die erst vor wenigen Monaten bei uns mit großem Erfolg eingeführt wurde, hat sich bei der Werbung und Erziehung der Arbeiterfrau außerordentlich gut bewährt. Eine Aufgabe, die innerhalb unserer Frauenbewegung besonders betreut wurde, ist die Schulungs- und Erziehungsarbeit. Die politische und zum Teil die kulturelle Unterdrückung der Frauen bringt es mit

sich, daß der Bildungsarbeit in der Frauenbewegung ein besonders breiter Raum gewährt werden muß und es muß anerkannt werden, daß es dem Frauenreichskomitee im Verein mit den unteren Instanzen der Frauenbewegung gelungen ist, vor allem eine große Zahl von Funktionärinnen mit den Ideen und Zielen des Sozialismus vertraut zu machen. In nahezu allen Bezirken wurden Schulen veranstaltet, in denen die Stellung der Frau in der kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung und die besonderen Aufgaben der Frauenbewegung entweder in Vorträgen oder in der Form von Arbeitsgemeinschaften behandelt wurden. Die Kreise führten eigene Frauenkreisschulen durch, das Frauenreichskomitee veranstaltete im Jahre 1929 eine eigene Frauenreichsschule in Dittersbach, in der die Schülerinnen während einer Zeit von vier Wochen in die Probleme der Frauenbewegung eingeführt wurden. Die Form der Internatschule wurde auch in einzelnen Kreisen eingeführt und hat sich gut bewährt. Die Ergebnisse dieser Schulen für die Partei und Frauenorganisation waren günstig. Die Funktionärinnen erhielten praktische und theoretische Anleitungen und Kenntnisse für ihr Wirken innerhalb der Frauenbewegung und der Partei und haben sie im allgemeinen auch verwertet. Wenn unsere organisierten Frauen heute nicht nur über einen Stab guter Funktionärinnen, sondern auch über eine große Zahl von Referentinnen verfügen, so kann auch diese Tatsache als ein Resultat der Bildungsarbeit innerhalb der Frauenbewegung angesehen werden. Eine begrüßenswerte Einrichtung, die zweifellos die Entwicklung der Frauenbewegung günstig beeinflussen wird, ist die Errichtung von Frauensekretariaten in einzelnen Kreisgebieten und deren Besetzung mit hauptamtlich tätigen Genossinnen. Es ist eine Aufgabe der Zukunft, diesen organisatorischen Ausbau der Frauenbewegung noch in jenen Gebieten durchzuführen, die bis jetzt noch nicht in der Lage waren, eigene hauptamtlich betreute Frauensekretariate zu schaffen. In diesem Zusammenhang muß festgestellt werden, daß der Parteitagsbeschluß, daß in allen Lokalorganisationen Frauensektionen zu errichten sind, noch von vielen Organisationen nicht in die Tat umgesetzt wurde. Es besteht nach wie vor zwischen der Zahl der Lokalorganisationen und der Frauenorganisationen ein Mißverhältnis, das zu beseitigen eine Aufgabe der nächsten Zukunft ist.

Die deutsche sozialdemokratische Frauenbewegung in der Tschechoslowakei genießt auch innerhalb der sozialdemokratischen Internationale großes Ansehen, steht sie doch hinsichtlich ihres Kräfteverhältnisses gegenüber der Gesamtpartei in der Internationale an zweiter Stelle.

Zusammenfassend können wir also feststellen, daß unsere Frauenorganisation auf ihre Erfolge in den vergangenen drei Jahren mit Recht stolz sein kann. Sie verdankt diese Erfolge dem innigen Zusammenarbeiten des Frauenreichskomitees mit den vielen hunderten und tausenden Funktionärinnen, die unermüdlich bestrebt waren, für die Bewegung zu werben und zu wirken. Die herrschende Wirtschaftskrise stellt vorläufig dem weiteren Ausbau unserer Frauenbewegung Schwierigkeiten entgegen. Wir sind aber überzeugt, daß unsere Frauen sofort nach Eintritt einer besseren Wirtschaftslage mit derselben Begeisterung und Hingabe wie in den vergangenen drei Jahren an die Werbearbeit schreiten werden. Noch gibt es große Schichten in der arbeitenden Bevölkerung, die für die Organisation zu erfassen eine lebenswichtige Aufgabe ist. Es gilt vor allem die ländlichen Gebiete zu erobern und die vielen tausende Landarbeiterinnen für die Partei zu gewinnen. Eine nicht weniger wichtige Aufgabe der Zukunft ist die Notwendigkeit, unsere organisierten Frauen mehr als bisher für die Arbeiterfürsorge zu interessieren.

Das Justizministerium zum Fall der Frau Margarethe Ullrich.

Das Präsidium des Justizministeriums nimmt in einem an unsere Redaktion gerichteten Schreiben auf unseren Artikel „Schande" (vom 5. Oktober) Bezug und ersucht uns im Auftrage des Justizministeriums um die Veröffentlichung der Feststellung,

„daß das Justizministerium unablässig und bei jeder Gelegenheit auf die rasche Untersuchung und Beendigung insbesondere jener Strafsachen drängt, bei denen, wie in dem gegebenen Falle, über den Beschuldigten eine Haft verhängt wurde und es sich nur um Uebertretungen handelt."

Weiter wird in der Zuschrift an uns festgestellt, daß Margarethe Ullrich weder vor der Polizei noch beim Gerichtsverhör angab, daß sie zwei Kinder hat, um die sie sich übrigens nicht kümmere; das eine ist in einem Waisenhaus untergebracht und das andere bei einer Frau in Prag.

Wir freuen uns der Tatsache, daß das Justizministerium selbst die rasche Erledigung ähnlicher Fälle in der abgegebenen Weise betreibt. Damit wird auch die bei uns ausgesprochene Mutmaßung erhärtet, daß die Verschleppung Schuld der untergeordneten Justizorgane ist. Und die amtlichen Angaben über Margarethe Ullrich berichtigen selbstverständlich das, was wir über diesen Fall in diesem Punkte sagten. An seiner gesamten Beurteilung ändert sich damit nichts.

„Bravo Mussolini"

Seit Hitlers Wahlsieg wagen sich die Hakenkreuzler auch bei uns offener mit ihrem faseistischen Bekenntnis und mit ihren Sympathien für den italienischen Fascismus hervor. Sie fühlen sich dem großen Bruder in Italien beinahe ebenbürtig und während sie früher noch schüchern schwankten, ob sie nichtt doch die andere Walze intakt halten sollten, lassen sie jetzt den demokratischen Schein zu Teufel gehen und appellieren ihrem faseistischen Götzen ohne Scheu. So schreibt der „Tag" unter dem Titel: „Bravo Mussolini!":

„Der italienische Duce Mussolini hat bei der Eröffnung der Herbsttagung des Nationalrates in einer Rede über die derzeitige Weltwirtschaftskrisi folgendes gesagt:

„. . . . . Alle fiebernden Kranken und Schiffbrüchigen funken uns ihr SOS. Aber nicht alle können gerettet werden. Einige verdienen vielmehr zu versinken. Ihre Mehrheit gehört zu den im Kriege gewaltig zugenommenen Geschäftspfuschern, Industrie- und Finanzakrobaten, die von einer ungewöhnl. Vielseitigkeit sind, ihr Wirkungskreis reicht vom Zement bis zur Schokolade, von Blei bis zur Kunstseide, sie sind wahre Cagliostros des Wirtschaftslebens! Sie verwirren alles mit ihren unzähligen Kettengesellschaften, mit Verwaltungsräten, die aus Strohmännern bestehen und daher mit leichtsinnigen Bilanzen und erfundenen Dividenden arbeiten."

In seiner weiteren Rede sagte Mussolini, daß diese Sorte von charakterlosen Menschen die Todesstrafe verdienen!

Wer soll hier blödgemacht werden? Dieselben Schieber und Wucherer, die Mussolini schandenhalber bedroht, wie er sich in seinen Reden ja immer als der Freund des kleinen Mannes gibt, erfreuen sich doch des Schutzes der faseistischen Herrschaft. Wem kamen denn die gesetzlichen Lohnkürzungen zugute? Wer profitiert vom Zehnstundentag? Vom Streikverbot? Von der ganzen Carta di lavoro, die den Arbeiter zum rechtlosen Sklaven macht? Der Fascismus dient keinem anderen Zweck als dem Schutze des räuberischen Privateigentums der Banken und Konzerne. Wenn Mussolini gegen seine besten Freunde wettert, wird er in Italien kaum wen blöd machen können. Unsere

Hannerle macht sich schön.

Hannerle soll mit Mutter ausgehen. Vom Kopf bis zum Fuß wird sie frisch angezogen und sieht nun wirklich herzig aus.
Alle Bekannten unterwegs bewundern das neue Kleidchen. „Ist ja gar nicht neu, nur mit Radion gewaschen", sagt sie ganz stolz und findet damit verständnisvollen Beifall.

RADION
WÄSCHT ALLEIN
SCHONT DIE WÄSCHE

Hakenkreuzler aber schnappen auf so etwas prompt ein und applaudieren? „Bravo Mussolini!"

Bravo Mussolini — für die Ermordung Zehntausender Arbeiter, für die Vertreibung einer Million Italiener von ihrem Heimatboden, für Kerker und Verbannung, Folter und Willkür! Bravo Mussolini für die Unterdrückung Südtirols, für die Entnationalisierung von 250.000 Deutschen! Der „Tag" habe doch den Mut und applaudiere dem Duce auch hefür! Er spreche es doch offen aus, daß ihm ein Blutbund, dem es nachzueifern gilt, weil er die Arbeiterklasse niederwirft, auch die Viertelmission Volksgenossen wert ist, die diese Rechnung mitbezahlen!

Der D. H. V. auf dem Mitgliederfang.

Eine Presseehrenbeleidigungsklage gegen den Obmann des Verbandes der öffentlichen Angestellten.

Im März 1929 hatte der Verband der öffentlichen Angestellten mit dem Sitze in Reichenberg, wegen der damals vom Deutschen Handelsgehilfenverbande (Sitz Aussig) unter den Sozialversicherungsangestellten, welche dem Verbande der öffentlichen Angestellten angehören, betriebenen Werbung zum Uebertritte in den D. H. V. unter dem Titel „der D. H. V. auf Mitgliederfang" eine eigene Werbe- und Abwehrbroschüre herausgegeben.

In dieser Broschüre waren ziffernmäßig die Leistungen der beiden Verbände einander gegenüber gestellt. Es wurde auch darauf verwiesen, daß die in den Sozialversicherungsinstituten angestellten Beamten eigentlich doch nicht als Handlungsgehilfen anzusehen sind und daher unter ihnen einer Mitgliederwerbung des D. H. V., schon deshalb nicht am Platze sei, weil von den 11.000 Mitgliedern des Verbandes der öffentlichen Angestellten allein über 1600 Angestellte der Sozialversicherungsangestellten in eigenen Fach- und Berufsgruppen gewerkschaftlich organisiert seien.

Im Schlusse der Broschüre wurde noch auf den angeblichen „Initiator" der Mitgliederwerbung des D. H. V. verwiesen:

„Es kann auch nicht ganz unerwähnt bleiben, wer eigentlich auf die Idee gekommen ist, daß der D. H. V. versuchen soll, unter den Sozialversicherungsangestellten Mitgliederfang zu betreiben. Der Urheber ist niemand anderer als Herr Dr. Koreis, der Sekretär der Vereinigung Deutscher Versicherungsanstalten. Herr Dr. Koreis hatte vor einigen Jahren mit dem Verbande der öffentlichen Angestellten eine Differenz wegen Durchsetzung des Kollektivvertrages bei der Bezirkskrankenanstalt Warnsdorf. Diese Kasse hatte sich nämlich — im Vertrauen auf ein Rechtsgutachten des Herrn Dr. Koreis geweigert, den Kollektivvertrag anzuerkennen. Der Verband der öffentlichen Angestellten brachte aber gegen die Kasse eine gerichtliche Klage ein und im Verlaufe des Prozesses gelang es, die Kasse über die Rechtslage zu informieren, so daß sie sich entschloß, den Kollektivvertrag anzuerkennen. Seit diesem mißglückten Rechtsstreit kann Herr Dr. Koreis den Verband der öffentlichen Angestellten nicht gut leiden.

Er hat zunächst gegen den Verbandssekretär Dr. Hahn, eine mit der Warnsdorfer Angelegenheit im Zusammenhange stehende Ehrenbeleidigungsklage eingebracht und als er damit durchfiel, beschloß er den Verband der öffentlichen Angestellten durch Abtreibung von Mitgliedern zu schädigen. Auf der letzten Tagung der „Vereinigung deutscher Krankenversicherungsanstalten", welche in Leitmeritz (1928) stattfand, hat Dr. Koreis in dem vorgelegten Berichte ganz offen zugegeben, daß er es war, welcher dem D. H. V. die Anregung gab, eine „Fachgruppe der Sozialversicherungsangestellten" (allerdings ohne Mitglieder) zu gründen.—

Dieser Versuch, in den Reihen der Sozialversicherungsangestellten Uneinigkeit und Verwirrung zu stiften, und die bisherige einige Organisation zu spalten, stammt also nicht aus den Reihen der Angestellten, sondern bezeichnender Weise ist es der Sekretär eines Krankenkassenversicherungsverbandes, also eines Vertreters der Interessen unserer Dienstgeber, welcher diese Agitation betreibt. Bezeichnend ist auch, welcher Methoden man sich zu diesem Zwecke bediente.

Man wendet sich an einem Direktor, von dem man glaubt, daß er dem Herrn Dr. Koreis gern eine Gefälligkeit erweisen werde. Dann erscheint ein Sekretär des D. H. V. Der Herr Direktor läßt die Angestellten der Krankenkassa zusammenrufen, der Sekretär des D. H. V. hält ein kurzes Referat und zieht dann Beitrittserklärungen aus der Tasche, worauf er die Angestellten auffordert, die Beitrittserklärungen zu unterfertigen. Man rechnet damit, daß die Angestellten nicht den Mut haben würden, dem D. H. V.-Agitator in Anwesenheit des Herrn Direktors Absagen zu erteilen und hofft, auf diese Weise die Angestellten zu überrumpeln. Bisher allerdings ist nicht ein einziger solcher Versuch gelungen. Da wir nun die Methode der Herren kennen, so sei die Kollegenschaft hiermit eindringlichst gewarnt! Seid vorsichtig und unterschreibt nicht, bevor ihr nicht eure Vertrauensmänner um Rat gefragt habt."

Auf dieses Flugblatt hatte auch der DHV. mit einer Gegenbroschüre geantwortet und wurde deshalb ebenfalls vom Vorstande der öffentlichen Angestellten der Herausgeber und Verleger sowie auch der Drucker geklagt.

Wegen der ganzen Schlußfolgerung im Flugblatte hatte jedoch Dr. Koreis gegen den Magistratsbeamten in Reichenberg, Richard Gröschel, als Obmann des Verbandes der öffentlichen Angestellten die Presseehrenbeleidigungsklage erhoben, über welche kürzlich beim Leitmeritzer Kreisgerichte vor einem Schöffensenate unter dem Vorsitze des Kreisgerichtsvizepräsidenten Felix Hrnčiř verhandelt wurde. Der Beklagte Richard Gröschel war persönlich erschienen und bekannte sich, wie im Vorverfahren, nicht schuldig. Er wendete bei seiner Beantwortung den Mangel der passiven Klagelegitimation ein, weil er das Flugblatt weder verfaßt, noch zum Drucke befördert, noch verbreitet habe, bot aber für den Inhalt der Broschüre den Wahrheitsbeweis an. Der Gerichtshof befaßte sich daher auch nur zuerst mit der Entscheidung über den Einwand der passiven Klagelegitimation. Gröschel weigerte sich, über Befragen des Klageanwaltes Dr. Eiselt-Leitmeritz, den Verfasser der Broschüre zu nennen, weil dies bei einem Verbande als eine unfreundliche und unkollegiale Haltung angesehen werden könnte, weshalb ihm von Dr. Eiselt vorgehalten wurde, daß er im Weigerungsfalle dann eigentlich doch selbst die volle Verantwortung übernehmen müßte. Auch die Beantwortung der von Dr. Eiselt gestellten Frage, ob Gröschel politisch organisiert sei und bei welcher Partei, verweigerte dieser mit der Bemerkung, daß er diese Sache auf keinen Fall als ein Politikum aufzäumen lassen wolle, da der Verband der öffentlichen Angestellten eine nichtpolitische Gewerkschaft sei.

Der Gerichtshof beschloß vorerst die Frage der passiven Klagelegitimation zu lösen und gab daher den darauf abzielenden Anträgen statt. Bei der nächsten Hauptverhandlung soll deshalb der Verbandssekretär Dr. Otto Hahn, dem vom Gerichte der Auftrag erteilt wurde, alle Vorstandssitzungsprotokolle diesfalls nachzulesen, über die Beschlüsse wegen Verfassung und Herausgabe der Broschüre eidlich einvernommen werden. Es sind weiter dem Gerichtshofe bis zur nächsten Hauptverhandlung diejenigen Satzungen des Verbandes vorzulegen und es wird von Gerichtswegen die bei der Druck- und Verlagsanstalt in Teplitz aufgegebene Bestellung der Broschüre eingeholt werden.

Es ist jedenfalls damit zu rechnen, daß es zu einer zweiten Verhandlung nicht mehr kommt, da die Sache wohl in Verbindung mit der gegen den DHV. anhängig gemachten Preßklage zum Vergleich kommen wird. Dies wohl umsomehr, da eine Klageabweisung auf Grund der Einwendungen Gröschels mehr als wahrscheinlich ist.

(SVSB)

Die Sozialdebatte auf dem Labour-Parteitag.

Llandudno, 9. Oktober. Die am Mittwoch auf dem Labourkongreß begonnene Sozialdebatte füllte auch den größten Teil der Donnerstagsitzung aus. Die Delegierten hörten zunächst ein Referat des Ministers für das Gesundheitswesen Arthur Greenwood. Im Mittelpunkt seiner auf seltener geistiger Höhe stehenden Ausführungen stand der Wohnungsbau, Mutterschutz und die Säuglingspflege, und die hierzu von der Regierung ausgearbeiteten und dem Unterhaus unterbreiteten Pläne. Gleichzeitig berichtete der Minister, die Regierung habe neben den hierfür bereits angesetzten Summen neue acht Millionen Pfund Sterling im laufenden Etat für die Witwenpensionen hinzugefügt, so daß diese Witwenfürsorge im kommenden Jahr weiter ausgedehnt werden kann.

Unter den in der Diskussion besprochenen Entschließungen befand sich auch der Antrag auf Herabsetzung des pensionsfähigen Alters der Arbeiter und Angestellten von 65 auf 60 Jahre. Greenwood warnte den Kongreß vor der Annahme, da die Regierung keine Möglichkeit sehe, die hiefür notwendigen Riesensummen aufzubringen. Der Gewerkschaftsführer Bavin war der gleichen Ansicht, während Cook von den Bergarbeitern den Antrag befürwortete. Er wurde mit 1,221.000 gegen 444.000 Stimmen angenommen. Als Pensionssumme verlangt der Kongreß 1 Pfund pro Woche und Person.

Es folgt eine Debatte über die europäische Abrüstung, die durch einen von Fenner Brockway begründeten Antrag der unabhängigen Arbeiterpartei hervorgerufen wurde. U. a. verlangt die ILP. die Kriegsdienstverweigerung. Henderson bittet, zur Tagesordnung überzugehen, denn niemand wünsche sehnlicher die Generalabrüstung und niemand habe mehr dafür getan, als die Labour-Regierung. Sie werde diese in Genf begonnene, bei der Flottenabrüstungskonferenz fortgesetzte Friedens- und Entwaffnungspolitik mit aller Konsequenz auch in Zukunft weiter treiben. Der Kongreß schloß sich mit überwältigender Mehrheit der Ansicht des Außenministers an und verweigerte die Abstimmung über die Entschließung der ILP.

Parlamentsreform verlangte der nächste Antrag der ILP. Maxton steht auf der Tribüne und Mosley unterstützt ihn vom Saal aus. Herbert Morrison erklärt im Namen der Regierung, auch sie sei von der Notwendigkeit gewisser Reformen überzeugt. Ein Komitee arbeite bereits an diesen Fragen. Was aber Maxton und Mosley verlangten, sei nicht Fortschritt, sondern Reaktion. Die Debatte wird hitzig. Shinwell greift ein und die unabhängige Arbeiterpartei unterliegt mit 490.000 Stimmen gegen 1,809.000. Angenommen wird der Antrag, der die II. Internationale und ihre Parteien auffordert, Studien und Berichte über die Struktur des Kapitalismus in der Nachkriegszeit anzufertigen.

Kabinett Mironescu.

Bukarest, 10. Oktober. (OR.) Das neue Kabinett Mironescu ist folgendermaßen zusammengesetzt: Vorsitz und Außenministerium: Mironescu, Inneres: Mihalache, Finanzen: Mihail Popoviči, Justiz: Julian, Landwirtschaft: Madgearu, Verkehr: Voico Nitzescu, Schulwesen: Costakesco, Industrie: Manoilescu, Arbeiten: Hatzegan, Heerwesen: General Condeesco, ohne Portefeuille: Halippa.

Tagesneuigkeiten.

Hochwasser der Mosel, Saar und des Rheins.

Ueberschwemmungen. — Betriebsstillegungen. Schiffahrtseinschränkungen.

Trier, 9. Oktober. Heute um 19 Uhr hat die Mosel den Stand von 6 Meter 10 Zentimeter über dem Nullpunkt erreicht. Der Fluß steigt noch immer, ebenso die Sauer. Das Hochwasser hat in Trier an den im Bau befindlichen Hochwasserschutzdämmen im Süden der Stadt erheblichen Schaden angerichtet und eine Strecke von ungefähr 250 Meter des unfertigen Dammes überschwemmt, so daß dort die Arbeiten eingestellt und 250 Mann entlassen werden mußten. An den Stellen, an welchen die Hochwasserschutzdämme noch nicht fertiggestellt sind, ist das Wasser in die Keller und zum Teil in den zu ebener Erde liegenden Wohnungen eingedrungen. Auf der Mosel treibt viel getötetes Groß- und Kleinvieh. Ein heftiger Wolkenbruch hat auf der Eisenbahnstrecke Taben—Saarhölzbach ein Geleise überspült, so daß der Verkehr auf der Strecke eingestellt werden mußte. Auf der Eisenbahnstrecke nach Nonnweiler entstand infolge des Hochwassers ein Dammrutsch. Der Güterverkehr wurde hier ganz eingestellt. Der Personenverkehr wird durch Umsteigen aufrechterhalten. An der Saar ist die Dillinger-Hütte im unteren Teil von den Wassermassen überschwemmt, so daß die Arbeit eingestellt werden mußte. Das Dorf Niederleuken steht halb unter Wasser. Die Strecke Trier—Saarburg ist dort unterbrochen. In Saarburg selbst ist die untere Stadt überflutet. In einigen Orten an der Ruwer mußten die Einwohner die Keller und die zu ebener Erde liegenden Wohnungen räumen. Auch die Byll ist in ihrem unteren Lauf übergetreten und hat bei Ehrang große Flächen Ackerlandes, Unterführungen und Straßen unter Wasser gesetzt.

*

Neuwied (Rheinprovinz), 10. Oktober. Durch das Steigen des Rheins um 1.40 Meter seit gestern früh ist das Gelände zwischen der noch nicht fertigen Deichmauer und dem alten Rheinbett vollkommen unter Wasser gesetzt worden. In den Kellern der in der Nähe des Rheins liegenden Häuser steht das Grundwasser einen halben Meter hoch.

*

Mainz, 10. Oktober. Der Mainzer Pegel wies heute mittags 12 Uhr einen Stand von 2.78 Meter auf. Die erste Einschränkung in der Rheinschiffahrt ist in Kraft getreten, da der Pegelstand die 2.75 Meter-Linie überschritten hat.

*

Saarbrücken, 10. Oktober. Auch die Flüsse des Saar-Gebietes führen Hochwasser. In Ottweiler rissen die Fluten die Badeanstalt fort und schwemmten sie gegen die Brücke. In Neunkirchen hat die Flut der Blies einen Umfang angenommen, wie ihn die Stadt noch nie erlebte. Der bisherige Höchststand des Jahres 1918 wurde um 10 bis 15 Zentimeter überschritten. Der ganze Verkehr ist unterbunden, da die Hauptgeschäftsstraße zum Teil unter Wasser steht. Das Neunkirchner Eisenwerk wurde zum Teil überschwemmt. Weißwerk, Koksanlage und Hochofenpartie mußten die Arbeit einstellen. Die Prims drang in tiefergelegene Stellen der Dillinger Hütte ein, wodurch auch dieser Betrieb zum Stillstand gebracht wurde. Auf einigen gefährdeten Strecken mußte der Eisenbahnbetrieb eingestellt werden. Man rechnet mit einem Steigen des Wassers.

Ziehung der Klassenlotterie

vom 10. Oktober.

50.000 K: 28.490.

20.000 K: 40.117.

10.000 K: 123.478.

5000 K: 10.000, 32.403, 33.058, 50.366, 87.781, 92.797, 102.912, 106.904, 120.867, 124.714, 124.825 149.899.

2000 K: 1542, 2002, 2925, 5535, 17.580, 19.640, 25.014, 33.877, 35.240, 35.711, 36.858, 38.286, 39.795, 44.077, 45.342, 51.111, 55.511, 56.684, 57.295, 60.501, 71.955, 80.648, 81.800, 91.283, 92.691, 95.398, 95.944, 97.950, 102.197, 102.433, 108.160, 113.858, 119.387, 127.081, 134.208, 140.361, 143.753.

1000 K: 360, 1315, 3160, 4075, 5803, 5861, 6293, 6325, 7977, 8972, 9291, 9561, 10.229, 13.649, 16.158, 16.197, 18.144, 18.930, 23.983, 24.060, 24.907, 25.878, 27.398, 27.754, 31.371, 32.052, 33.789, 38.400, 38.622, 41.047, 41.098, 42.302, 42.700, 43.301, 45.161, 47.132, 47.783, 48.168, 49.800, 52.210, 52.256, 52.783, 55.283, 55.375, 55.637, 56.434, 56.731, 60.917, 64.010, 64.254, 64.443, 64.449, 66.412, 69.175, 71.910, 71.963, 74.241, 75.093, 75.902, 79.121, 84.438, 84.892, 85.225, 86.424, 86.678, 86.765, 87.752, 88.484, 89.098, 89.129, 91.235, 91.620, 95.259, 96.213, 97.711, 99.047, 99.156, 102.718, 106.393, 106.777, 108.836, 109.431, 111.125, 116.385, 118.324, 118.465, 118.798, 120.334, 120.601, 121.429, 122.203, 123.505, 123.519, 126.372, 126.762, 126.817, 127.315, 130.715, 139.959, 141.481, 141.592, 142.741, 143.294, 146.020, 147.797, 148.418, 148.996.

Absturz eines Australienfliegers.

Singapore, 10. Oktober. (Reuter.) Wie gemeldet wird, ist Kapitän Matthews, der sich auf dem Fluge nach Australien befindet, zwischen Bangkok und Singapore abgestürzt.

Eisenbahnertod. Donnerstag nachmittags kam der 34jährige Eisenbahnbedienstete Franz Christ aus Brünn beim Verschieben auf dem Bahnhofe Ober-Gerspitz zwischen die Puffer zweier Waggons und wurde sofort getötet. Er hinterläßt drei unversorgte Kinder.

Rekruten vor den Bahnhöfen. Zu unserer Notiz unter diesem Titel vom 1. November teilt uns das Kommando der 1. Infanterie-Division in Prag folgendes mit:

Für die Rekruten-Transporte wurden in der Zizka-Kaserne einige Schlafräume eingerichtet und die diensthabenden Militärorgane auf den Bahnhöfen haben alle Rekruten, welche über die Nacht auf eine Eisenbahnverbindung in Prag warten mußten, an die Schlafräume angewiesen und dorthin dirigiert. Falls einige Rekruten trotz dieser Einrichtung in der Nacht in Prag bummelten, haben sie es wahrscheinlich aus eigener Willkür gemacht. Diese oben erwähnten Schlafräume wurden gerade deshalb eingerichtet, weil das Verweilen auf den Bahnhöfen in der Nacht polizeilich verboten ist.

Weiters können wir Ihnen mitteilen, daß die in Ihrem Artikel erwähnten jungen Leute, welche beim Masaryk-Bahnhof saßen, junge Arbeiter waren, die um Arbeit nach Frankreich fuhren, und nicht Rekruten.

Wir hoffen, daß Sie Ihre Leser mit diesen Tatsachen bekannt machen werden.

Wir nehmen gern zur Kenntnis, daß das Kommando sich bemüht hat, für die Einrückenden Vorsorge zu treffen, wodurch allerdings der Inhalt des erwähnten Artikels in keiner Weise berührt oder berichtigt wird. Daß es sich tatsächlich um Einrückende gehandelt hat, konnte unser Berichterstatter unschwer den Aufschriften der Rekrutenkoffer „pěši pluk č....." entnehmen. Außerdem waren zwei der Betreffenden bereits in Uniform. Daß die jungen Burschen nicht „gebummelt" hatten, sondern Leute vom Land waren, die sich wegen völliger Unkenntnis des Tschechischen in Prag sehr unsicher und unbehaglich fühlten und sich kaum von der Bahnhofstüre weggetrauten, ergab sich aus ihren Gesprächen. So dürfte also der gute Wille des Kommandos durch mangelhafte Durchführung seitens der Militärorgane vereitelt worden sein. Sicher ist, daß drei Tage hintereinander eine Schar von Rekruten im Freien kampieren mußte und weder Polizisten, noch Bahnangestellte, die doch von den Maßregeln des Kommandos auch wissen mußten, den armen Teufeln einen Rat gaben. Unsere Notiz war ein Appell an das soziale Empfinden der Behörden im allgemeinen, das ja bekanntlich häufig genug von seelenlosem Bürokratismus überwuchert ist. Im übrigen könnte man wohl die Frage aufwerfen, ob es denn so ganz in der Ordnung ist, einen Auswanderer-Transport in der kalten Herbstnacht vor der Bahnhofstüre sitzen zu lassen? Auch wenn es sich „nur" um Arbeiter handelt. Man scheint sich in solchen Fällen an zuständiger Stelle wenig Skrupel zu machen und der Paragraph triumphiert mit großer Selbstverständlichkeit über soziale Erwägungen. Um so notwendiger ist es, solche Fälle aufzuzeigen und das herrschende System zur Uebernahme einer sozialen Verantwortlichkeit zu nötigen, die es von selbst nicht verspürt.

Typhuserkrankungen der Soldaten des Inf.-Reg. Nr. 43 in Brünn. Amtlich wird mitgeteilt: Beim Infanterieregiment Nr. 43 in Brünn zeigten sich bis jetzt 13 Fälle von Typhuserkrankungen: Typhus und Paratyphus B. Es starben zwei Soldaten, neun sind bereits gesund, zwei auf dem Wege der Gesundung. Die Erkrankungen haben den Kreis der alten Mannschaft nicht überschritten, die auch mit den Angehörigen der Musik streng isoliert ist, so daß sie mit der Zivilbevölkerung nicht in Kontakt kommt. Die Rekruten sind gesondert untergebracht, u. zw. in dem Gebäude der ehemaligen Waffenfabrik und haben besondere Instruktoren vom Inf.-Reg. Nr. 10. Ueber den Ursprung der Krankheit läßt sich bis jetzt nichts Sicheres sagen. Die Angelegenheit ist im Stadium der Untersuchung. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Krankheit in den letzten Tagen der Schlußmanöver eingeschleppt wurde, wie dies häufig der Fall ist. Einer der Rekruten, der an Scharlach erkrankt ist, hat diesen aus dem Zivilleben mitgebracht.

Selbstmord auf den Schienen. Donnerstag in den Abendstunden warf sich in der Nähe des Flugplatzes Kaschau die 19jährige Handlungsgehilfin Magdalena Baroczy unter die fahrende Motordraisine. Sie war sofort tot. Die Draisine entgleiste und wurde derart beschädigt, daß sie zur Weiterfahrt unbrauchbar war. Es wurde festgestellt, daß die Baroczy vorher mit einem Angestellten der Firma, wo sie beschäftigt war, Streit gehabt hatte, so daß wohl darin die Ursache des Selbstmordes zu suchen sein dürfte.

Eine Millionen-Zollstrafe. Irving T. Bush, der Besitzer eines Geschäftshauses in New York, und hervorragender Sportsmann, zahlte als Strafe an die New Yorker Zollbehörde eine Summe von 83.000 Dollars (d. s. etwa 2,700.000 tsch. Kronen) aus, da er im vergangenen Monate aus Europa mitgebrachte Juwelen zur Verzollung nicht anmelden ließ. Wie mitgeteilt wird, soll Bush gegen die Berechtigung dieser Strafe nicht Einspruch erhoben haben.

Die Giftmörderinnen an der Theiß. Die letzte Gruppe der im Arsenvergiftungsprozeß im Theißwinkel Angeklagten wird am 14. d. M. in Szolnok zur Verhandlung kommen, die für fünf Tage anberaumt ist. Es werden diesmal neun Frauen im Alter von 40 bis 70 Jahren vor Gericht stehen, die sich zum Teil wegen Mordes, zum Teil wegen Aufforderung zum Morde zu verantworten haben werden.

„Deutsch-christlichsozialer Gemeinde- und Bezirksvertreter" hetzt gegen die „Kinderfreunde". Dieses in Trautenau erscheinende „Organ des Verbandes deutsch-christlichsozialer Gemeinde- und Bezirksvertreter" übt sich in jesuitischer Zwiespältigkeit. Auf der ersten Seite tut das Blatt kund und zu wissen, daß die christlichsozialen Gemeindevertreter für die Demokratisierung der Gemeinden, für objektive, unparteiische Geschäftsführung in den Gemeinden und Bezirken eintreten und schon auf der zweiten Seite zeigt sich die klerikale Unduldsamkeit. In seiner Nummer 9 vom 10. September 1930, hetzt das Blatt gegen unsere „Kinderfreunde" und erzählt mit einer Reihe, aus Aufsätzen und Broschüren gerissener Zitate, wie gemeingefährlich diese Organisation ist, damit die christlichsozialen Mandatare bei Ansuchen der roten „Kinderfreunde" um Subventionen, Platzüberlassungen und dergleichen, über diese sozialistische Truppe Bescheid wissen." Damit jeder christlichsoziale Gemeinde- und Bezirksvertreter ganz genau erfahre, wie diese Bewegung, „die man nicht mehr als „rote Spielerei" betrachten dürfe, beschaffen ist, gehört in seine Hand die Broschüre des ganz vorzüglichen Kenners der „Kinderfreunde"-Bewegung, Pater Zyrill Fischer: „Kinderfreunde" und „Rote Falken". Es folgt auch gleich eine Kostprobe. Zitate aus Schriften der „Kinderfreunde", „Roten Falken" und sozialdemokratischer Jugenderzieher, verbunden und ausgeschmückt mit Ergüssen christlichsozial-klerikaler Menschenliebe. Ergebnis: die durch die „Kinderfreunde" moralisch vergifteten Kinder werden Revolutionäre, ohne Schamgefühl, ohne Liebe und Achtung zu ihren Eltern, weil ihnen gelehrt wird, das vierte Gebot mit Füßen zu treten, ohne Dankbarkeit, kurz und gut, die Kinder werden nach Ansicht des frommen Streiters in Christo Scheusale, Mörder und Brandleger. Das wird noch mit dem Satz begründet: „Bei der Wiener Revolte 1927 hat diese sozialistische Jugend schon die Zertrümmerung versucht, das rote Blut- und Brandevangelium zur Tat gemacht." So wird den christlichsozialen Gemeinde- und Bezirksvertretern in das Gewissen gesprochen, damit sie sich nicht, etwa aus unangebrachter Unparteilichkeit oder Kinderliebe, dazu verleiten lassen, für eine Unterstützung der „Kinderfreunde" zu stimmen, deren Erzieher „offenbar mit diesem Kannibalismus einverstanden sind". Wie notwendig war es doch, daß sich der am 14. September 1930 in Teplitz-Schönau, unter dem Vorsitze des Prälaten und Senators Dr. Feierfeil stattgefundene „christlichdeutsche Volkstag" „gegen jede Gehässigkeit im Kampfe der Parteien miteinander" ausgesprochen hat. Dieser Beschluß gilt jedoch scheinbar nicht gegenüber den Sozialdemokraten. Unsere sozialdemokratischen Vertreter in den Selbstverwaltungskörpern wissen nun ebenfalls Bescheid.

„Freie Gemeinde".

„Besinne Dich, daß Du ein Deutscher bist..." Einer von denen, die das Schreiben nur gelernt haben, um die Gedanken, die sie nicht haben, auszudrücken, ein ausgewachsener Fibelheld vom Hakenkreuz, richtet im „Tag" eine Aufforderung an die deutschnationalen Studenten, der nationalsozialistischen Vereinigung beizutreten. Er schließt nach mannigfachen Proben seiner Intelligenz (den Hitler nennt er übrigens unseren Armin, obschon man etwa Armin Hitler & Co. eher für eine Warschauer Getreidehandelsfirma denn für eine völkische Erneuerungsbewegung hielte) mit folgenden Sätzen:

„Das Volk steht auf, der Sturm bricht los!... Jetzt heißt es: Besinne Dich, daß Du ein Deutscher bist und handle so, als wenn von Dir allein das Schicksal Deines Volkes abhinge. Jetzt heißt es:

Trete ein in die Front des Arbeiters der Stirn und der Faust, übe deutschen Sozialismus. Besonders Dich, deutschen Studenten, rufe ich diesmal, werde Mitkämpfer im „Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbund" in Prag. Du kämpfst damit für unsere sudetendeutsche Selbstverwaltung, die wir fordern Heute, wo der glänzende Sieg im Reiche errungen ist, höre ich Dich begeistert für den Nationalsozialismus schwärmen; nun beweise, daß hinter Deinen Worten auch ein Mann steht! Ich selbst trete erst aus dem nationalsozialistischen Jugendbund zu dem nationalsozialistischen Studentenbund über, ich selbst werde erst Dein Kommilitone. Aber wenn Du zu faul oder, besser gesagt, zu feig bist, dann pfeife ich darauf, Dein Kommilitone zu sein! Im Geiste unseres ermordeten Werkstudenten Horst Wessel aber rufe ich Dir nochmals zu: „Zum letztenmal wird nun Appell geblasen, zum Kampfe steh'n wir alle schon bereit, bald wehen Hakenkreuzfahnen über allen Straßen, die Knechtschaft dauert nur noch kurze Zeit!"

Walter Fuchs.

Wenn wir deutsche Studenten wären — er pfiffe dann freilich darauf, unser Kommilitone zu sein, aber es ist gar nicht zu sagen, was wir unsererseit auf die Ehre, die seinen zu werden, täten — wenn wir also deutsche Studenten wären, verzichteten wir darauf, schlechte Verse zu machen, wir sagten nicht „trete ein", sondern „tritt ein", verwechselten nicht „wo" und „da" und schrieben überhaupt nicht die Fibel ab, wenn wir uns an unsere Kommilitonen wendeten. So ist es aber mit diesen Schulbuben. Sie bringen von der Lektüre der Klassiker heute nicht einmal mehr den Imperativ „Tritt näher, Jude!", sondern nur noch die Parole mit, er müsse verbrannt werden!

Genossen! Genossinnen!

In

jeder Betriebsversammlung,
jeder Gewerkschaftsversammlung,
jeder Genossenschaftsversammlung,
jeder Wählerversammlung,
jeder Frauenversammlung,
jeder politischen Versammlung,
jeder Versammlung oder Sitzung einer proletarischen Organisation tritt Ihr für die

sozialdemokratische Parteipresse

intensivste Werbearbeit leisten

Autotod auf dem Prager Graben. Donnerstag abends wurde auf dem Graben der Kolporteur Ottokar Kiha von einem Taxi überfahren, das der Chauffeur Heinrich Stole lenkte. Kiha erlitt eine schwere Gehirnerschütterung und wurde auf die Klinik Jirasek geschafft. Wie wir erfahren, ist er heute morgens seinen Verletzungen erlegen.

Vier Personen im Flugzeug lebend verbrannt. In der Nähe der französischen Stadt Corbeil stürzte ein mit drei Männern und einer Frau besetztes Flugzeug in der Nacht auf einen Friedhof ab und ging in Flammen auf. Die Insassen verbrannten bei lebendigem Leibe.

Mutter Jones gestorben. Im Washington starb die bekannte Arbeiterführerin Jones. Am 1. Mai dieses Jahres hatte sie ihren 100. Geburtstag gefeiert. Aufgrund ihrer Beliebtheit hieß sie allgemein „Mutter Jones".

Selbststeuernder Aeroplan. Eine selbsttätige Flugzeugsteuerung wurde von dem amerikanischen Piloten Edward Couples demonstriert, der einen regulären Postflug von Pittsburgh nach Cleveland mit Hilfe eines neuen Apparates vollendete, welcher auf der ganzen Strecke den eingestellten Kurs genau steuerte. Der Apparat, die Erfindung des Amerikaners Otto Greene aus Elyria in Ohio, wird in der Kabine angebracht. Er steht in Verbindung mit dem Stabilisierungssteuer in beiden Flügeln.

Zugsentgleisung. Gestern früh um halb Uhr entgleiste der von Prag kommende Lastzug Nr. 972 zwischen den Stationen Chotovin—Tabor. Fünf Waggons sprangen aus den Schienen. Verletzt wurde niemand. Der Verkehr wird durch Umsteigen aufrecht erhalten.

Mißglückter Einbruch. Nach einer Meldung der „Prager Abendzeitung" wurde Donnerstag nachts ein Einbruch in die Wohnung zweier Beamtinnen in Prag-Weinberge versucht. Sie sahen plötzlich, wie ein junger Mann, auf dem Balkon stehend, versuchte, das halb geöffnete Fenster in das Schlafzimmer zu öffnen. Die beiden Mädchen begannen um Hilfe zu rufen. Daraufhin sprang der Unbekannte vom Balkon auf die Straße hinab. Als auf die Rufe der Mädchen ein Wachmann zu dem Haus kam, fand er unter dem Balkon einen Mann bewußtlos auf dem Gesicht liegen. Der Unbekannte wurde ins Krankenhaus und nach der ersten Behandlung auf das Weinberger Kommissariat gebracht, wo ein Verhör mit ihm begonnen wurde. Bei diesem Verhör stellte sich heraus, daß es sich um den 21jährigen Musiker Vladislav Divis handelt. Divis behauptete, nicht mit jenem Mann identisch zu sein, der den Einbruchsversuch unternommen hat, sondern vor dem Hause von einem Unbekannten angefallen und niedergeschlagen worden zu sein. Da sich aber an seinen Schuhen Spuren von Mörtel finden, ist seine Schuld sehr wahrscheinlich.

Selbstmord eines Polizeiinspektors. Wie uns aus Weipert im Erzgebirge gemeldet wird, hat sich dortselbst der auf dem Bahnhofe Weipert stationierte reichsdeutsche Grenzpolizeiinspektor mit einem Dienstrevolver erschossen. Man nimmt an, daß der Unglückliche die Tat aus Gram darüber begangen hat, daß seiner vorgesetzten Behörde eine Anzeige zugegangen ist, nach welcher er beschuldigt wird, die Paßkontrolle nicht streng genug durchgeführt zu haben. Der Tote hinterläßt eine Witwe mit drei Kindern.

Mysteriöser Leichenfund. Aus Eger wird uns gemeldet: Die Sicherheitsorgane sind bemüht, einen seltsamen Leichenfund in der Nähe von Mariakulm aufzuklären. Schulkinder fanden hinter einem Gebüsch den entseelten Körper eines Mannes, neben dem ein abgeschossener Revolver lag. Der Tote wies einen Bauchschuß auf. Obwohl man einen Selbstmord annimmt, hat man dennoch entsprechende Nachforschungen eingeleitet, weil die Möglichkeit eines Mordes nicht ausgeschlossen erscheint, um so mehr, als sich in den Papieren des Toten keinerlei Hinweis auf einen beabsichtigten Selbstmord vorfand. Nach den bei der Leiche vorgefundenen Dokumenten handelt es sich um einen Einwohner aus Habakladrau in Westböhmen.

Das Mädchen.

Was sie mir alle doch für Dinge sagen
Fast möcht ich die Augen niederschlagen
Ich denke nach und kanns doch nicht ergründen
Was mögen nur die Männer an mir finden!

Ich glaube manchesmal, das liegt am Kleide.
Doch war es niemals noch aus echter Seide.
Und alt sind meine Strümpfe, alt die Schuhe,
Und dennoch lassen sie mich nicht in Ruhe.

Zu Hause zieh ich manchmal vor den Riegel
Und stell mich nackend vor den kleinen Spiegel.
Mitunter glaub ich dann, ich wäre schön
Doch hat mich so noch nie ein Mann gesehn.

Rhedo.

Glück auf Rädern.

Der Fahrradhändler Leonhardt hatte immer Glück. Seine Konkurrenten beneideten ihn; er verteilte keine Handzettel auf der Straße, er inserierte nicht in der Zeitung, und — weiß der Himmel! — an einem Tage hatte er bereits den zweiten Kunden. Welcher Fahrradhändler hat heute solchen Umsatz? Und wie noch dazu der Kunde aussah, der soeben breitspurig in sein Geschäftslokal getreten war! Mit einem soliden Pelz bekleidet, Gamaschen über den Lackschuhen... Der konnte bezahlen, bar bezahlen! Neugierig guckte der Monteur Müller durch die Glasscheibe der Werkstatt, und Herr Heidenstamm im gegenüberliegenden Laden kniff taxierend ein Auge zu.

Mehrere Minuten weilte der Kunde in der Leonhardtschen Fahrradhandlung und ließ sich Räder verschiedener Marken zeigen. Er wählte zum Schluß ein deutsches Fabrikat und prüfte es sachkundig. Herr Leonhardt, über sein breites, weingeröteres Gesicht glänzend, kam hinter dem Ladentisch hervor, ergriff das Rad bei der Lenkstange und führte es nach der Tür, um es bei hellem Tageslichte zu zeigen. Herr Müller hörte, wie der Herr gerade sagte: „Das Rad gefällt mir. Aber lassen Sie mich's zuvor ausprobieren!"

Herr Leonhardt warf auf den Monteur einen triumphierenden Blick und nickte zufrieden. Der Fremde schwang sich auf das Rad und fuhr in der Straße eine Schleife. Zweimal kehrte er vor den Laden zurück, und jedesmal lächelte Herr Leonhardt vergnügt. Als der Fremde die dritte Schleife fuhr, schien es, als hätte er die Macht über die Lenkstange verloren. Anstatt drüben an der Ecke, wo Herr Heidenstamm stand, umzubiegen, fuhr er geradeaus. Herr Leonhardt rief ihm etwas nach. Aber der Fahrende ließ sich nicht stören und verschwand mit dem Rade hinter der zweiten Ecke. Jetzt gab es ein großes Hallo! Der betrogene Fahrradhändler schrie nach der Polizei. Eine große Menschenmenge sammelte sich. Auch mehrere Konkurrenten hatten sich eingefunden. Sie hielten sich den Bauch vor Lachen. „Ein Dieb! Ein Betrüger!" schrie Herr Leonhardt. — „Lieber Mann", sagte da eine Stimme neben ihm, „regen Sie sich nicht auf: er kommt gleich wieder zurück. Er wohnt in der Königsstraße 53."

„Sie kennen ihn?" rief der Fahrradhändler aufgeregt. „Ja, freilich kenne ich ihn. Es ist der Freund meines Onkels."

„Dann rufen Sie ihn doch zurück!"

„Gern. Geben Sie mir ein Rad!"

Das Rad wurde gebracht. Der junge Mann schwang sich hinauf. Ehrfürchtig wich die Menge zurück.

Nach einer halben — nach einer ganzen Stunde war noch immer nichts von dem Verfolgten und seinem Verfolger zu sehen. Mann hatte es mit einem abgekarteten Spiel zweier Gauner zu tun gehabt!

Ein anderer Fahrradhändler, der in einer ganz anderen Stadtgegend wohnte, hörte noch am gleichen Tage von diesem Vorfall, ballte die Fäuste und schlug sich dreimal an den Kopf. Wie konnte ein Mensch mit kaufmännischer Erfahrung so vernagelt sein wie dieser Kollege Leonhardt, der zu dem einen Rade noch ein zweites riskierte! Wenn er, der schlaue Fahrradhändler, an seiner Stelle gewesen wäre, er hätte' erst einmal den Laden abgeschlossen und wäre dann selbst dem Diebe nachgeradelt. Und verhauen hätte er ihn, ja verhauen, daß ihm ein für alle Male die Lust am Stehlen vergangen wäre!

Dieser Mann, der so philosophierte, hieß Suchantke und war ein baumlanger Kerl, Es war kein Vergnügen, mit ihm anzubändeln, und Fahrraddiebe hatten bei ihm keine Chance.

Es war um die Mittagszeit. Suchantke befand sich in dem kleinen Privatraum, der hinter seinem Laden liegt. Das Privatzimmer ist von dem Verkaufsraum nur durch einen Vorhang über der schmalen Durchgangstür getrennt. Da hörte er die Ladentür gehen, und die Glocke, die mit ihr in automatischer Verbindung steht, schlug an.

Sofort schob Herr Suchantke den Vorhang zurück und trat mit seiner mächtigen Gestalt ein. In diesem Augenblick sah er auch schon, wie ein junger, kräftiger Mensch eins der Räder aus dem Ständer riß und zur Türe eilte. Suchantke tat einen Satz und packte das Rad. Der Fremde schlug ihm das Rad gegen die Brust, daß er zurücktaumelte. Ehe er sich von diesem Anprall erholen konnte, sah er, wie der Dieb sich draußen aufs Rad schwang und davonradelte. Schnell ergriff Herr Suchantke einen Reimer, schloß die Ladentür von außen zu und jagte dem Davoneilenden nach. Durch mehrere Straßen ging die Jagd. An der Ecke des Promenadenweges hatte er den Dieb fast eingeholt. Der verdoppelte seine Anstrengungen und gewann wieder einen Vorsprung. An der Kreuzung einer breiten Straße war er dem Verfolgten abermals dicht auf den Fersen. Da ereignete sich etwas Unerwartetes. Durch irgend ein Hindernis glitt das Rad des Räubers aus, legte sich bedrohlich nach einer Seite und stürzte auf den Fahrdamm. In der nächsten Sekunde war Herr Suchantke neben ihm. Er fackelte nicht lange, sondern ergriff den Dieb beim Genick und verprügelte ihn nach Strich und Faden, bevor noch der Verunglückte eine Hand zur Abwehr erheben konnte. Das Gesicht des Täters war vom Straßenstaub schmutzig; ein großer Kreis Neugieriger sammelte sich um die beiden Männer; Herr Suchantke kniete auf der Brust des Gauners und schlug unbarmherzig auf ihn ein. Das war eine gerechte Vergeltung!

Erst nach mehreren Minuten, nachdem er seine sittliche Empörung dergestalt ausgetobt hatte, ließ er sein Opfer los und stand auf. Es war gerade der rechte Augenblick, um noch sehen zu können, wie zwei Gestalten, die er bisher zu beobachten keine Zeit gehabt hatte, mit den beiden liegen gebliebenen Rädern in eleganter Schleife um die Ecke verschwanden!

So war auch der schlaue Suchantke an diesem Tage um zwei seiner Räder ärmer geworden. Aber er hatte es wenigstens einem dieser Schurken gezeigt! Herr Suchantke hat doch mehr Glück als Herr Leonhardt...

Walter Meckauer.

Luftschiffe müssen auseinanderbrechen!

Ein Interview mit dem ersten Luftschiff-Erfinder Hermann Ganswindt — Auch Zeppelin nach falschem System gebaut? — Die Tragödie eines „Unglücksraben".

Unser Mitarbeiter hatte über die Katastrophenursachen des „R 101" eine Unterredung mit Hermann Ganswindt — aber die meisten werden garnicht wissen, wer überhaupt Hermann Ganswindt ist. Der heute 73jährige hat bereits zehn Jahre vor Zeppelin das System des starren Luftschiffes erfunden! Und wäre Graf Zeppelin nicht Aristokrat und Angehöriger der damals in Deutschland herrschenden Schicht gewesen — vielleicht säße Hermann Ganswindt heute nicht mit seiner neunköpfigen Familie in einer ärmlichen Dreizimmerwohnung in Berlin-Schöneberg, sondern im Direktions-Klubsessel eines Welt-Luftschifftrusts! Aber der unbekannte ostpreußische Erfinder, der in den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts Klavierkonzerte mit anschließendem Vortrag über Luftschiffahrt in ganz Deutschland veranstaltete, fand bei den Ministerien und Behörden, bei den Wissenschaftlern und Technikern verschlossene Türen; dem Grafen Zeppelin öffneten sie sich, wenn auch nach harten Kämpfen.

Das Problem des lenkbaren Luftschiffes hatte den Kopf des Erfinders Ganswindt von frühester Jugend an erfüllt. Schon 1884 schrieb er über seine Berechnungen und Erkenntnisse ein Buch, das in der Maxime gipfelte: „Der Luftballon ist lenkbar, wenn er nur genügend groß gebaut wird!" Das Kriegsministerium, dem er seine Projekte vorlegte, urteilte im Vollgefühl seiner Weisheit: „Luftschiffe von 150 Metern Länge überschreiten die militärischen Bedürfnisse!" Zehn Jahre später gelang es Graf Zeppelin, den Bau seines ersten Luftschiffes durchzusetzen — und es waren dieselben Ausmaße, die nun plötzlich nicht mehr „die militärischen Bedürfnisse überschritten", sondern den Beifall der allerhöchsten Stellen fanden .... Und damit war der Fall Ganswindt für die deutschen Behörden erledigt. Man hatte ja nun den Zeppelin.

Von dieser Zeit an wurde das Leben und Schicksal Ganswindts, der heute begreiflicherweise sehr verbittert ist, zum Martyrium. Mit seinen vielerlei Plänen und Erfindungen — sogar das Raketenraumschiff war darunter! — hetzte man ihn von Behörde zu Behörde, ließ ihn sich die Hacken ablaufen nach einem interessierten Wort, einem Gutachten, einer kleinen Hoffnung — um ihm im entscheidenden Moment immer wieder ein Bein zu stellen. Das eine Mal mußte er mit eigener Hand sein Flugzeugmodell zerschlagen, das andere Mal mußte er auf Veranlassung kopfscheuer Geldgeber in Untersuchungshaft gesteckt . . . und während des Krieges, als ein neutraler Diplomat mit ihm in Verbindung trat, drohte man ihm mit „Internierung wegen Fluchtverdacht!" Freunde verstanden es, noch einmal ein Exposee Ganswindts an den zuständigen Herrn im Kriegsministerium gelangen zu lassen; der schrieb darauf mit Rotstift die gemütvollen Worte: „Lebt denn dieser Unglücksrabe immer noch?!"

Der Unglücksrabe lebt noch heute; es geht ihm materiell sehr schlecht. Zwar hatte er die Genugtuung, nach der Katastrophe des amerikanischen Zeppelins „Shenandoa" vom Militärattachee der Gesandtschaft um ein Gutachten gebeten zu werden . . . — aber davon kann man nicht leben.

Unser Mitarbeiter hat Ganswindt um sein Urteil über die Katastrophe des englischen Luftschiffs R 101 gebeten. Was er sagte, ist — wenn seine Ansicht auch auf Gegnerschaft stoßen dürfte — zumindest interessant und diskussionsreif: „Ein Luftschiff vom heute üblichen starren System kann deshalb niemals stabil sein, weil die Proportionen zu ungünstig sind. Die Fläche der gasgefüllten Hülle ist viel zu groß. Die Gondeln — Haupt- und Motorgondeln — sind dicht unter der Hülle unregelmäßig angebracht. Dadurch wird das Gerüstmaterial auf Biegung beansprucht; richtig wäre es, die Gondeln mittels eines Systems von Drahtseilen weit unterhalb des Schiffskörpers anzubringen und so das Material auf Zug zu beanspruchen. Dadurch läßt sich eine ganz gleichmäßige Lastenverteilung und Materialbeanspruchung erzielen. Man hat sowohl bei den Zeppelinen wie bei den englischen Luftschiffen dieses allein sichere System nicht befolgt — so mußte es zur Katastrophe kommen. Es hat sich ja nun, was übrigens schon nach den ersten anderslautenden Meldungen meine Ansicht war, herausgestellt, daß die Katastrophe des „R 101" auf einen glatten Bruch des Gerüstrahmens zurückzuführen ist, der der falschen Beanspruchung, zumal bei starkem Sturm, einfach nicht gewachsen war. Es ist unverantwortlicher Leichtsinn, derartigen Luftschiffen Menschenleben anzuvertrauen".

„Sie sagten, daß auch die Zeppeline nach diesem System gebaut sind?"

„Jawohl, und ich bin der festen Ueberzeugung, daß eine solche Katastrophe prinzipiell bei jedem Zeppelin möglich und zu befürchten ist! Wenn sie bis jetzt vermieden wurde, so liegt das an der unglaublichen Vorsicht und Charakterfestigkeit Eckeners, der sich peinlich genau nach der meteorologischen Lage richtet und die geringste Unvorsichtigkeit vermeidet. Manchmal geht es aber auch hier hart auf hart; die berühmte Fahrt durch das Rhonetal wäre um ein Haar zu einer ungeheuren Katastrophe geworden, wenn Eckener nicht rechtzeitig die Notlandung vorgenommen hätte. „R 101" hat diesen Zeitpunkt versäumt. Dazu kommt die riesige Erfahrung, die Eckener zur Verfügung steht, nachdem bereits 127 Zeppeline existiert haben oder noch existieren. Die Engländer glaubten ohne diese Erfahrung auskommen zu können — sie haben es bitter bereut."

Die ganze Welt hat die Frage der Betriebssicherheit der starren Luftschiffe seit dem schrecklichen Ende des „R 101" nach allen Seiten hin diskutiert. Vielleicht hört der eine oder andere Praktiker auf die Worte des alten Hermann Ganswindt, dem das Schicksal es versagt hat, in den Reihen der offiziellen Fachleute für die Idee des Luftschiffes zu arbeiten. Ela.

Griechische Eß-Sitten.

Jeden Tag Hammelfleisch. — Hammelbein-Händler auf der Straße. — Der Mann bestimmt, was gekocht wird.

Jeder Balkanreisende weiß ein Lied davon zu singen, wie oft man gezwungen ist, Hammelfleisch zu essen. Für den, der vorwiegend an Schweine- und Rindfleisch gewöhnt ist, ist das eine schwierige Sache und oft hört man von Leuten, die lange auf dem Balkan gelebt haben, daß sie kein Hammelfleisch mehr sehen können.

Der Grieche schätzt und ißt am Hammel vom Kopf bis zu den Füßen alles. Ein gebratener Hammelkopf ist sogar als besondere Delikatesse, wobei wir mit einigem Schauder vernehmen, daß vom Hausherrn die Augen des Hammels dem Ehrengast — fein säuberlich auf die Gabel gespießt — gereicht werden. Die gebratenen Hammelköpfe liegen in den Speisehäusern hoch aufgetürmt für die Gäste bereit und wenn eine Portion bestellt wird, so spaltet der Wirt den Kopf in der Mitte entzwei, so daß auf eine Portion ein Auge, eine halbe Hammelzunge, ein halbes Gehirn kommen. Alles das wird mit Behagen von den Griechen aus dem Knochengehäuse des Schädels herausgeholt und verspeist. Zuvor wird alles reichlich gepfeffert und gesalzen und mit Küchenkräutern bestreut.

Da kaum ein anderes Fleisch zur Verfügung steht, sind die Griechen sehr erfinderisch in bezug auf die verschiedenen Hammelgerichte. Zu einem Ausflug würde man nicht mit hartgesottenen Eiern fahren wie bei uns, sondern führt Hammelfleisch mit, das in fest verschlossener Papierhülle langsam gebraten worden ist. Es muß anerkannt werden, daß ein auf diese Weise hergerichteter Hammelbraten wirklich vorzüglich schmeckt.

Eine häufige Erscheinung in den Straßen Athens sind die Händler, die gebratene Hammelbeine zum Verkauf anbieten. Sie tragen die Hammelfüße in ganzen Bündeln herum. Diese Bündel Hammelfüße erinnern lebhaft an ein Stück von einem Bananenstämmchen, wie sie bei uns in den Obstgeschäften liegen.

Hammel am Spieß gebraten ist in Griechenland der Festtagsschmaus, wie es auch heute noch zuweilen in England Sitte ist. Das Braten am Spieß ist eine anstrengende Arbeit, die verstanden sein will. Sie wird in Griechenland von Männern besorgt, die im Land umherziehen und ihre Dienste anbieten.

Ueberhaupt spielt der Mann in der griechischen Küche eine große Rolle Er ordnet an, was im Laufe der Woche gegessen werden soll. Er besorgt alle wesentlichen Einkäufe für die Küche selbst. Die Frauen — einerseits wohl aus Bequemlichkeit — andererseits vielleicht, weil sie durch den Einfluß des Mannes auf die Küchenangelegenheiten nicht dasselbe Interesse haben wie die Hausfrau, die in ihrem Reiche unbeschränkte Herrscherin ist, machen sich die Küchenarbeit so bequem wie möglich. Sie kochen einfach zu Beginn der Woche so viel, daß es die ganze Woche lang reicht und entgegen allen Erkenntnissen der modernen Nahrungsmittelforschung, die aufgewärmten Gerichten beinahe jeden Wert absprechen, wärmt sie die Speisen immer wieder auf. Außerdem ist es Sitte, wenn man Gäste erwartet, an Sonntagen usw., den obligaten Hammelbraten zum Bäcker zu schicken, der ein Gericht nach dem anderen in seinen Backofen schiebt.

All die zahlreichen Zubereitungsmethoden, die alle Teile des Hammels erfahren, aufzuführen, würde zu weit gehen. Eines ist sicher, daß allein der Anblick mancher Speisen, zu denen Hammelfleisch verwendet wird, genügt, den Appetit eines Mittelenropäers zu verderben.

Daneben lebt man hauptsächlich von Schafkäse, Brot und Oliven. Das Brot ist allerdings in Griechenland vorzüglich und ersetzt, wie ja auch in Frankreich, fast völlig die Kartoffel, die als ein besonderes Gericht gilt.

Gutes Licht ist der beste Arbeitshelfer.

Kleine Buchstaben können Sie nur bei gutem und reichlichem Licht lesen. Darum sollte an jedem Arbeitsplatz gutes und reichliches Licht vorhanden sein. Sorgen Sie dafür, daß auch Ihr Schreibtisch richtig beleuchtet ist.

Jede Osram-Verkaufsstelle, das Elektrizitätswerk und sonstige Elektro-Fachgeschäfte beraten die Lichtverbraucher gern kostenlos in allen Beleuchtungsfragen.

Innenmattierte OSRAM-LAMPEN geben besseres Licht

Sozialistische Jugend, Prag.

Auf zum

Internationalen Jugendtag

am 12. Oktober, vormittags 9 Uhr, im „Lidovy dům", Prag II., Hybernská 7. Jugendliche! Partei- und Turngenossen! Gewerkschafter! Kommt ausnahmslos zu dieser Demonstration, unterstützet unseren schweren Kampf für die Forderungen der Arbeiterjugend!

Kunst und Wissen.

„Was Ihr wollt!"

Lassen sich im Reich der Bühne größere Gegensätze denken als die Traumwelt Shakespeare'scher Lustspiele und der dürre Realismus des Zeit-Theaters? Dort ein Leben in unirdisch schwerelosser Sphäre, Phantasie, die sich am Wort entzündet, hier der Drang zu Dokument und Faktum, Tendenz und Didaktik. Mit den Mitteln dieses Theaters jener beizukommen, ist vergebliches Unterfangen. Und doch versucht man es, wie Liebls Neu-Inszenierung des „Was Ihr wollt" zeigt, mindestens an der Dichtung besserem Teil, an der Wortgestalt. Das Kleinod der Schlegel'schen Uebersetzung wird preisgegeben und als Bearbeitung eines Herrn Hans Rothe wird uns ein Text vorgesetzt, der nicht einmal den Rüpelszenen gerecht zu werden vermag und es z. B. für witzig oder kraftvoll hält, im Kanon das Schlegel'sche „Halt's Maul, du Scheibm" durch ein robustes „Halt's Maul, du Hund!" zu ersetzen. Was dem alten Bestand hinzugefügt wird, ist plattester Wortwitz von der Schulbank oder vom Stammtisch der Klabriaspartie (Schulbeispiel: „Pourqoi?" — „Was heißt das?" — „Warum?" — „Weil ich es wissen will" — das läßt sich bekanntlich fortsetzen) und man würde nicht sonderlich erstaunt sein, in dieser Text-Erneuerung auch der Frage: „Was tan mr jetzt?" zu begegnen, die sich bis zu dem, von unserem Publikum ohne Zweifel auch in solchem Zusammenhang belachten Ende führen läßt: „Jetzt tan mr die Füß weh!" Den Shakespeare-Bearbeitern tun sie leider noch lange nicht weh und sie vertreiben sich die Zeit und andern den letzten Rest von Theaterlust, indem sie in kostbarem Wortbestand herumtrampeln.

Was von allem Anfang durch die Wahl des Rothe'schen Textes verdorben war, vermochten Liebls schöne Szenenbilder und das Spiel nicht gutzumachen, zumal da es im Ensemble trotz mancher braven Leistung doch an dem Shakespeare-Spieler, der eben ein Shakespeare-Sprecher sein muß, an dem mitreißenden Führer und Protagonisten des sphärischen Chors fehlte. Nur wo es den noch gibt und wo er zu Worte kommt, lebt der Zauber, blüht das Wort: so sahen und hörten wir noch Shakespeare vor zwei Spielzeiten. Heute fehlt es an der Seele des Spiels. Weder Herr Leitgeb, der mit dem oft beklagten Moissi-Ton der Musik der Verse beizukommen hofft, noch Fräulein Eger, die für die Viola und mehr noch für deren Verwandlungspart, den Cesario, wohl die Erscheinung, aber nicht die innere Kraft der Ueberzeugung und Neuschöpfung mitbringt, konnten die Führerrolle im Ensemble spielen. In der Nebenhandlung gab es freilich vollsaftige Gestalten, wie Rösners Junker Toby und Götzens fein abgestimmten Narren, aber das ist für den Gesamterfolg des Stückes nicht entscheidend. Ein Kabinettstück war der Malvolio Renners, obwohl die verpfuschte Textgestaltung eine Vertiefung gerade dieser Rolle, die wir heute kaum mehr im ursprünglichen Sinne — als Parodie des komödiantenfeindlichen Puritanertums — nehmen können, bedeutend erschwert. Padlesak blieb mit dem Ritter Bleichenwang in vorgezeichneten Bahnen, die Warnholtz ist wohl für die schelmische Zofe Marie um eine Nuance zu hart, half ihr aber immerhin zu lebendiger Wirkung. Frau Meller blieb schattenhaft, in den kleineren Partien ging es schlecht und recht ab.

Wie die „Komödie der Irrungen", so läuft auch „Was Ihr wollt" in seiner komischen Essenz auf das Spiel der Wesensgleichheit und den verwirrenden Wechsel von Schein und Sein hinaus, der aber kein Spiel der Maske bleiben darf. Wie hätte man auf der Shakespeare-Bühne, die der Technik entbehrte, die gleiche Maske für Cesario und Sebastian schaffen sollen? Die Illusion muß mit anderen Mitteln erreicht werden, aus anderer Wurzel muß der Zauber schießen, wie man ja auch die Poesie des „Sommernachtstraums" nicht ausschöpft, wenn man die Bühne mit Rasen belegt. Erhoben in die Welt des Dichters, seinem Schöpferwillen untertan, schwebend im höheren Raum der Phantasie, träumen wir die Unlogik und sind beglückt. Den Trick, der uns auf erdgebundener Bühne die Verwechslung der Gestalten vortäuschen möchte, durchschauen und belächeln wir. Das sollte doch endlich zum Fundamentalsatz der Interpreten des großen Zauberers Shapespeare werden!

Es hat lange genug gebraucht, ehe die Komödie, im Vorjahr schon zu wiederholtenmalen angekündigt, herauskam; um so bedauerlicher, daß sie uns keine Erfüllung brachte. Hoffen wir auf den nächsten und auf einen besseren Shakespeare. Da am 30. Oktober Karl Kraus in Prag das „Wintermärchen" liest, ist Regisseuren und Schauspielern Gelegenheit geboten, einer Erweckung Shakespeares aus dem Wort beizuwohnen. Das Geheimnis ist freilich nicht lehrbar und erlernbar.

Es wäre noch zu sagen, daß die Musik des Herrn Levinger eher zu den Neuerungen des Herrn Rothe als zu Shakespeares Dichtung paßt. Es wäre wirklich gescheiter, statt dieser Bühnenmusik eine klassische Ouverture zu bringen und das Pseudo-Orchester auf einen guten Pianisten zu beschränken! E. F.

Spielplan des Neuen Deutschen Theaters. Samstag, Ensemblegastspiel Emil Jannings, 7½ Uhr: „Geschäft ist Geschäft". Sonntag, 2½ Uhr: „Meine Schwester und ich"; 7½ Uhr, Ensemblegastspiel Emil Jannings: „Der Biberpelz". Montag (255—3), 7 Uhr: „Was Ihr wollt".

Spielplan der Kleinen Bühne. Samstag, 7½ Uhr: „Der gute Onkel Adamson". Sonntag, 3 Uhr: „Irrgarten der Liebe"; 7½ Uhr: „Der gute Onkel Adamson". Montag, 7½ Uhr: „Meine Schwester und ich".

Mitteilungen aus dem Publikum.

Das Rezept des Augenarztes

kann nur dann seinen Zweck erfüllen, wenn das Augenglas fachmännisch angepaßt wird. Lassen Sie Ihr Rezept bei **Optiker Deutsch, Prag,** Graben 2, Palais „Koruna", ausführen.

Vorträge.

Die Genossenschaftsbewegung und die Verwirklichung des Sozialismus.

Vortrag des Genossen Dr. Karl Renner am 9. Oktober im Sozialinstitut in Prag.

Wenn man einen Vortrag des Genossen Dr. Karl Renner besucht, ist man sicher, etwas zu profitieren. So ging es auch den Besuchern seines letzten Vortrages in Prag, denn auch jene, denen die Materie vertraut war, konnten seiner übersichtlichen Darstellung, die, obwohl weit ausholend, die entscheidenden Zusammenhänge ins helle Licht zu rücken weiß, reichen Gewinn ziehen. Dazu kommt noch, daß der meisterhafte Sprecher und Lehrer Renner durch Aufbau und Bildhaftigkeit den Zuhörer von Anfang bis zum Schluß zu fesseln weiß und auch über die schwierigsten Partien zum gesteckten Lehrziele führt. Denn sein Vortrag war mehr als er sein wollte, er war ein populärwissenschaftlicher Lehrgang über volkswirtschaftliche Probleme.

Von der einfachen Warenproduktion in der geschlossenen Hauswirtschaft ausgehend, in der das Produkt von der Hand, die es erzeugt, zum Munde geführt wird, zieht Renner eine Parallele zu unserer Zeit der Weltwirtschaft. Zahlreiche Hände haben sich zwischen Produkt und Produzenten und den Verbrauchern geschoben. Diese Hände dienen nicht nur der Vermittlung, sie nehmen den Löwenanteil der Differenz, die zwischen dem Arbeitslohn und dem wahren Wert besteht, in Anspruch. Zum Produktionspensum des Produzenten kommen der kommerzielle Profit des Händlers, die unproduktiven Gewinne des Leihkapitals und des Grundbesitzers in der Form der Grundrente. Diesseits des Stromes steht, wie Renner in einem Bilde plastisch darstellt, der Produzent, auf dem anderen Ufer der Konsument und auf der beide verbindenden Brücke haben sich die vier Kapitalistengruppen etabliert und heben die Maut ein. Schon seit hundert Jahren sind nun die besten Geister am Werke, den Weg abzukürzen, die Mautbäume zu beseitigen. Renner berichtet über die Theorien Saint Simons und Proudhons (die übrigens verdammt an manche Lehren der hakenkreuzlerischen „Theoretiker" erinnern, und mit Verwunderung stellt man fest, wie scharf die beiden Franzosen die nationalsozialistischen Grundsätze „vorausgeahnt" haben), die Versuche Robert Owens und die Lehren von Karl Marx. Neben den Theoretikern, meist völlig unabhängig von ihnen, ohne theoretische Kenntnisse, machten sich Männer der Praxis an die Arbeit, um auf verschiedenen Gebieten die Probleme — mit mehr oder weniger Erfolg — zu lösen. Die Raiffeisenkassen organisierten den Kreditdienst auf genossenschaftlicher Grundlage und um den Leihzins zu umgehen, landwirtschaftliche Verkaufsgenossenschaften wollen den Händlerprofit, Produktionsgenossenschaften den Produktionsgewinn, ausschalten. Die Krönung erhalten die vielen genossenschaftlichen Systeme durch die Konsumgenossenschaften, die sich zur Eigenproduktion entwickelt haben und die in ihrer fortgeschrittensten Entwicklung die Vereinigung der Erzeuger mit den Verbrauchern darstellern. So hat sich neben der kapitalistischen Wirtschaft ein ganzes Netz von genossenschaftlichen Organisationen entfaltet, die, obwohl selbst noch nach kapitalistischen Grundsätzen arbeitend, doch nicht kapitalistisch sind, sondern Sozialkapital ansammeln. Sie dienen der Gemeinschaft und münden, da dieser Herrschaft der Gemeinschaft bedeutet, in den Sozialismus. Bei der Schaffung des Sozialismus kommt der genossenschaftlichen Bewegung eine hervorragende Aufgabe zu. — Reicher Beifall lohnte den Vortragenden, dem der Vorsitzende, Genosse Abg. Leo Winter, herzlich dankte. V.

Physikalisch-diätetisches
Sanatorium KLEISCHE bei Aussig
Neuzeitliche Einrichtungen.
Telefon Aussig 303. Prospekt.

Aus der Partei.

Jugendbewegung.

Sozialistische Jugend, Prag. Treffpunkt zum Jugendtag, Punkt halb 9 Uhr, Museum. Ordner: Punkt 8 Uhr, Lidovy dum.

Geschäfte, die
in andern Tageszeitungen inserieren, aber
den Sozialdemokrat
nicht berücksichtigen, bekunden damit, daß sie die wirtschaftliche Bedeutung der Kaufkraft unserer Leser noch
nicht
erkannt haben oder nicht erkennen wollen. Zeitung lesen heißt, auch den Anzeigenteil beachten und beim Einkauf die Inserenten bevorzugen. Niemand wird sich Geschäftsleuten aufdrängen, die Arbeiterkundschaft nicht
zu schätzen wissen.

Verlanget überall

Wie sie bräunt

Mit Vitello wird der Braten so schmackhaft und appetitlich! Die Sauce schmeckt kräftig und fein.

Kein anderes Fett zum Kochen, Braten und Backen

als

VITELLO

das reine Naturfett

Sammelt Vitello-Schleifen für „Das goldene Buch der Hausfrau"!

Sport • Spiel • Körperpflege

II. Arbeiter-Olympia Wien 1931.

Amerikanische Vorbereitungen.

Die sozialdemokratische New Yorker Volkszeitung hat schon seit langem im Verein mit dem Arbeiter-Turn- und Sportbunde der Vereinigten Staaten einen Vertrag zu einer Europareise anläßlich des Wiener Olympia abgeschlossen. Die Abreise erfolgt am 25. Juni mit dem Dampfer „Albert Ballin". Die Rundreise führt über Southampton, London, Köln, Mainz, München, Nürnberg, Leipzig nach Wien, dort Ankunft am 16. Juli, Teilnahme am Olympia bis zum 20. Juli. Dann Fahrt nach Berlin und Hamburg, anschließend Rückfahrt. Die Dauer der Landreise beträgt 22 Tage, die Rückreisekarten haben ein Jahr Gültigkeit. Man sieht, die nordamerikanischen Arbeitersportler haben Großes vor, so wie es der Bedeutung des gewaltigen Festes entspricht.

Die Wintersport-Olympiade im Rundfunk.

Die Ravag hat sich bereit erklärt, die Veranstaltungen der Wintersport-Olympiade durch Radio Wien zu übertragen. Es wird daran gedacht, teilweise die Veranstaltungen auch im mitteleuropäischen Rundfunk zu übertragen.

Die Klaviernoten für die Massenfreiübungen

zur Olympiade, die Abbildungen der Uebungen und der Text der Gerätewettkampfübungen kommen in einer eigenen technischen Festschrift heraus, die spätestens Ende Oktober zum Versand kommt. Bestellungen sind sofort an das Sekretariat zu richten. Der Preis des Heftes ist mit 1.50 S festgesetzt.

Die Freiübungsmusik auf Schallplatten.

Die Freiübungsmusik des Orchesters Gangelberger soll auch auf Schallplatten aufgenommen werden, um dort, wo keine eigene Musik zur Verfügung steht, die Uebungen nach Schallplattenmusik üben zu können. Die Aufnahme kann aber erst erfolgen, wenn die Abnahme von genügend Platten gesichert ist. Die Vereine, Bezirke, Kreise, Verbände und Länder werden gebeten, Bestellungen sofort anzumelden. Der Preis für die Grammophonplatten für die Männer-, Frauen- und Kinderübungen, also einer gesamten Serie, wird zirka 25 Schilling sein.

Unterbringung von Fahrzeugen aller Art.

Auf Anfragen wegen Garagierung von Fahrzeugen (Motorräder und Autos) wird mitgeteilt, daß in Wien die Möglichkeit geschaffen werden kann. Für die Garagierung sind ungefähr folgende Preise als Richtlinien zu betrachten: Für Solomaschinen pro Woche 5 bis 8 S, für Beiwagenmaschinen 8 bis 12 S, für Personenauto 15 bis 20 S und für Großautos 20 bis 30 S.

Auch die Paddler, die über die Donau nach Wien fahren, werden Vorsorge für die Einstellung ihrer Boote vorfinden.

Ausflüge und Touren.

Der Ausflugs- und Führungsausschuß ist konstituiert. Genosse Happisch, der Sekretär der Naturfreunde und Obmann der Ortsgruppe Wien, ist der Vorsitzende. Für die Wintersport-Olympiade sind Halbtags- und Tagesausflüge und 12 Urlaubtouren ausgeschrieben. Die Anmeldung erfolgt ebenfalls durch die entsprechenden Meldebogen, die zugesendet werden. An Führergebühren sind festgesetzt: Für Halbtagsausflüge 50 g, für Tagesausflüge 1 S, für Mehrtagsausflüge pro Tag 1 S. Die Reichsleitung der Naturfreunde hat ferner beschlossen, ihren hüttenbesitzenden Ortsgruppen zu empfehlen, während der Olympiade die Besitzer von Teilnehmerkarten so wie ihre eigenen Mitglieder bei Hüttenbesuchen zu behandeln.

Kinderfreunde Prag.

Am Samstag, den 11. Oktober,

Ausflug nach dem Stern.

Treffpunkt: Endstation der 1er- und 22er-Linie. Führung: die Genossinnen Paul und Fuchs.

Vom Arbeiter-Turn- und Sportverband

Um die Bundesmeisterschaft 1930 im Fußball werden drei Kreismeister, und zwar Görsdorf (4. Kreis), Aussig-Nord (5. Kreis) und Eger (6. Kreis) kämpfen. Sonntag, den 12. d. M. gelangt in Krochwitz die Vorrunde mit dem Spiele Aussig-Nord gegen Görsdorf zur Austragung. Für den 6. Bezirk gilt Spielverbot. Am 26. Oktober findet im Aussiger Stadion die Endrunde statt. Gegner: Der Sieger der Vorrunde gegen ASK. Eger. An diesem Tage absolutes Spielverbot für den 1. und 2. Bezirk. — Vor dem Endspiel finden leichtathletische Wettkämpfe statt. Die Ausschreibung ist zu beachten.

•

Olympiade 1931 in Wien. Jene Fußballvereine, die im Rahmen der Olympiade Werbespiele in Wien austragen wollen, müssen dies sofort melden.

Für die Bundesspielleitung:
Gustav Erlacher.

Herausgeber Siegfried Taub
Chefredakteur: Wilhelm Niesner
Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß, Prag.
Druck: „Rosa" A.-G. für Zeitung- und Buchdruck Prag.
Für den Druck verantwortlich: Otto Holik Prag.
Die Zeitungsmarkenfrankatur wurde von der Post u. Telegraphendirektion mit Erlaß Nr. 13.800/VII/1930 bewilligt.